

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement - Preis: 3.00 Mk. monatlich 1.50 Mk.
wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Interaktions-Gebühr
Beträgt für die sechsstelligen Nummern
jeile oder deren Raum 60 Pf. für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Berichtsblätter 30 Pf.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Donnerstag, den 21. Dezember 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Lloyd George und Briand gegen den Frieden.

Lloyd Georges wahre Gründe.

Als die deutsche Regierung ihr Friedensangebot bekannt gab, erhob sich alsbald in den Blättern der äußersten Parteilinken der Ruf: Die deutsche Note enthält keine konkreten Bedingungen, deshalb bedeutet sie keinen Schritt vorwärts, deshalb kann man von den feindlichen Regierungen kein sachliches Eingehen auf sie erwarten.

Es wäre zu verwundern, wenn unsere Gegner sich dies Argument nicht auch zumute gemacht hätten. In den Reden ihrer führenden Staatsmänner taucht es mehr als einmal auf. Aber je genauer man hinsieht, desto deutlicher erkennt man, daß der Mangel an detaillierten Friedensbedingungen nur der Vorwand für die Ablehnung des deutschen Friedensangebotes ist, während ihre inneren Gründe auf ganz anderem Gebiete liegen.

Wir bitten, die Rede, die Lloyd George vor dem Unterhause gehalten hat, nach unserem nachstehenden Bericht einmal genau zu studieren, nicht auf einzelne Redewendungen, sondern auf ihren Gesamtkarakter hin.

Und alsdann fragen wir, Ist das die Sprache des Mannes, der verhandeln will, aber nicht kann, weil ihm die Gegenseite nicht die genügenden sachlichen Unterlagen bietet? Nein. Lloyd George stellt sich hin wie der Richter im Drnate, der einen armen Sünder andonnert: „Was, Er will mit mir verhandeln? Weiß Er nicht, daß ich Sein Richter bin? Ich werde über Ihn eine Strafe verhängen nach meinem gerechten Ermessen. Wenn Er damit einverstanden ist, sich meinem Urteil unterwirft, dann ist es gut. Ein anderes Verhandeln kenne ich nicht!“ Was der russische Außenminister P. Krowstky von der Vernichtung der Feinde gesagt hat, das wiederholt Lloyd George, nur mit etwas anderen Worten. Mit selbstgefälliger Gerechtigkeit hält er Deutschland das bekannte Register der angeblichen Greuel- und Schandtat vor, um mit pathetischer Entrüstung auszurufen: „Sollen alle jenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu Lande und zur See erledigt werden durch einige fromme Redensarten über die Menschlichkeit? Soll es keine Buße dafür geben? ... Wir müssen Entschädigung für die bedauerlichen Gewalttätigkeiten erzwingen.“

Erzwingen — das klingt nicht, als ob man Verständigung in Verhandlungen sucht; das ist das brutale Vertrauen auf die Kraft der Waffen. Eine andere Stelle unterstreicht den Gedanken.

Die Alliierten zogen in diesen Krieg, um Europa gegen die Angriffe der deutschen Militärherrschaft zu verteidigen, und da sie einmal damit angefangen haben, müssen sie dabei beharren, da es ihr einziges Ziel ist, die wirklichen Bürgschaften gegen die Möglichkeit zu erlangen, daß jene Kasse jemals wieder den Frieden Europas führt.

Heißt das: Kennt nur eure Bedingungen, dann werden wir schon verhandeln?! — Das bedeutet, wenn Worte einen Sinn haben, klipp und klar: Erst auf den Trümmern der deutschen Wehrmacht schließt die Entente Frieden, und damit steht es nur im Einklang, wenn Lloyd George am Schlusse seiner Rede verlangt, daß Deutschland, weil es den anderen Staaten (unter diesen nennt Lloyd George auch — Italien!) den Krieg aufgezwungen habe, wegen eines Vergehens gegen das allgemeine Völkerrecht gestraft werde, wenn er weiter Bürgschaften verlangt, „aber Bürgschaften anderer Art und sicherer als jene, die so leichtfertig gebrochen wurden.“ Das bedeutet: Mit Deutschland, das die Verträge bricht, schließen wir keinen Vertrag mehr, sondern holen uns unsere materiellen Bürgschaften selber mit der Kraft unserer Waffen, wir legen ihm die Strafe auf wie der Richter dem Angeklagten.

Aber der deutlichste Beweis, daß alles Gerede von den fehlenden Bedingungen des deutschen Friedensangebotes nur Finte ist, liegt in der Stelle, in der Lloyd George seine eigenen Bedingungen formuliert. Er leitet diese Formulierung mit den Sätzen ein:

Wir meinen, daß wir, ehe wir eine solche Einladung günstig in Erwägung ziehen können, wissen müssen, daß Deutschland bereit ist, den einzigen Bedingungen zuzustimmen, unter denen Frieden in Europa erlangt und erhalten werden kann.

Also nur wenn Deutschland von vornherein die englischen Bedingungen schluckt, will Lloyd George gnädigst mit uns verhandeln. Aber ist denn das noch überhaupt Verhandeln? Wir meinen, wenn eine Partei sich der anderen von vornherein bedingungslos unterwirft, daß dies das Gegenteil von Verhandlungen darstellt. Lloyd Georges Haltung gegenüber Deutschland ist genau die gleiche, als wenn die Unternehmer mit dem „Herr-im-Hause“-Standpunkt zu den streikenden Arbeitern sagen: „Die einzige Bedingung, über die wir verhandeln, ist die bedingungslose Wieder- aufnahme der Arbeit.“

Und welches sind sachlich die Bedingungen, denen Deutschland sich unterwerfen soll, ehe Lloyd George ans Verhandeln denkt? — „Vollständige Wiederherstellung (restitution), volle Genugtuung (reparation) und wirksame Garantien“.

Nur die erste dieser drei Bedingungen deckt sich etwa mit dem, was die Arbeitsgemeinschaft von der deutschen Regierung forderte, nämlich, daß sie sich für einen Frieden ohne Annexionen erkläre. Bedingung zwei und drei gehen weit darüber hinaus. Die „Genugtuung“ kam nur in der Zahlung einer Kriegsschadigung oder in Gebietsabtretungen seitens Deutschlands bestehen. Welches von beiden Lloyd George meint, sagt er nicht, es ist anzunehmen, beides. Und daß die „wirksamen Garantien“ in weit mehr als einem Versprechen Deutschlands bestehen sollen, das zeigt ja der oben zitierte Satz der Rede zur Genüge. Hier kann man nur denken an Dinge wie Auslieferung der deutschen Flotte, Beschränkung der deutschen Wehrmacht nach dem Belieben der Entente und so fort.

Das sind die Bedingungen, ohne deren vorherige Annahme Lloyd Georges nicht verhandeln will. Hat nun aber irgend ein Mensch in der Arbeitsgemeinschaft, hat selbst der radikalste Spartakusmann von der Regierung erwartet oder verlangt, daß sie vor die Welt träte mit der Erklärung: „Wir bitten um Frieden, verzichten nicht nur ausdrücklich auf jede Annexion, sondern sind auch bereit, unsere Gegner mit Geld und Gebiet zu entschädigen sowie jede uns sonst auferlegte Strafe demütig und gehorsam zu tragen?“

Wer das nicht der deutschen Regierung ansinnen will, der kann einen etwaigen Mißerfolg des deutschen Friedensangebotes nach der Lloyd Georgeschen Rede nicht mehr ehrlicherweise auf den Mangel bestimmter Friedensbedingungen oder eines ausdrücklichen Verzichts auf Annexionen zurückführen. Lloyd George sagt klar und deutlich, daß ihm selbst ein solcher Schritt nicht genügt hätte, um auch nur in Verhandlungen einzutreten.

Freilich, Lloyd George wäre kein Diplomat, ließe er sich nicht eine Hintertür. Deshalb erklärt er am Schlusse seiner Rede, obwohl es die logische Folgerung alles Gesagten wäre, nicht etwa rund und nett: „wir lehnen ab“, sondern biegt die klare Spitze in den verschwommenen Satz um

„Wir wollen deshalb warten, bis wir hören, welche Bedingungen und Bürgschaften die deutsche Regierung bietet.“

Das scheint hinzubedenken auf die angekündigte offizielle Antwortnote der Entente. Nach dieser Wendung ist zu erwarten, daß die offizielle Note der Entente sich wieder an den Vorwand der nicht formulierten Friedensbedingungen klammert.

Freilich, Lloyd Georges französischer Ministerkollege Briand, der nach seiner ersten vorsichtigen Aeußerung zum Friedensangebot bedeutend „couragierter“ geworden ist, hat im Senat erklärt:

Die Antwort, die morgen auf das Friedensangebot erteilt werden wird, wird würdig unserer tapferen Soldaten und würdig der Alliierten sein.

Aber auch das besagt nichts Positives über den Inhalt, wenn auch Briand vorher den deutschen Friedensvorschlag nach einander ein „plumpes Manöver“, eine „Falle“, einen „Schrei der Schwäche“, ja sogar eine — „Kriegshandlung“ genannt hat.

Man wird sogar als ziemlich sicher annehmen können, daß die Ententemächte nicht die politische Dummheit begehen, ihre Ablehnung des deutschen Friedensangebotes offiziell damit zu begründen, daß sie keine Lust zum Verhandeln hätten, daß sie Deutschland bestrafen, den preussischen Militarismus vernichten wollen usf.

Aber wenn sich die Antwortnote darauf berufen wird, daß die deutsche Note keine Bedingungen enthalte, so wissen wir jetzt nach Lloyd Georges Rede genau, daß dies eben nur ein Vorwand ist. Der wirkliche Grund der Ablehnung ist der, daß Deutschland überhaupt verhandeln wollte, statt sich bedingungslos zu unterwerfen. Dafür bleibt Lloyd Georges Rede unanfechtbarer Beweis, mag die Note der Entente lauten wie sie will.

Lloyd Georges Erklärung.

London, 19. Dezember. Reuter meldet über die Rede Lloyd Georges im Unterhause ausführlich: Lloyd George sagte, er erscheine vor dem Hause

mit der furchtbarsten Verantwortung beladen, die auf die Schultern eines Lebenden fallen könne, als oberster Ratgeber der Krone in dem gewaltigsten Kriege, in den das Land jemals verwickelt worden sei, einem Kriege, von dessen Verlauf das Schicksal des Landes abhängt. Es ist der größte Krieg, sagte der Premierminister, der jemals geführt worden ist, seine Last ist die schwerste,

die jemals unserem oder irgend einem anderen Lande auferlegt worden ist, und die Fragen, um die es geht, sind die schwerwiegendsten, die jemals mit einem Streit, in den die Menschheit verwickelt war, verbunden waren.

Die Verantwortlichkeiten der neuen Regierung sind durch die Erklärung des deutschen Reichskanzlers unerwartet betont worden. Der Erklärung des Kanzlers im Reichstage folgte eine Note, die uns

durch die Vereinigten Staaten ohne Kommentar übermittelt wurde. Die Antwort wird von der Regierung in voller Übereinstimmung mit unseren tapferen Alliierten gegeben werden. Natürlichkeit hat ein Austausch der Ansichten stattgefunden, nicht über die Note, denn sie ist erst kürzlich eingetroffen, aber über die Rede, welche der Note vorausging, und da die Note selbst im Grunde genommen nur eine Wiedergabe oder doch wohl nur eine Umschreibung jener Rede ist, ist auch der Gegenstand und die Art der Note selbst formell besprochen worden.

Ich bin sehr erfreut, die Erklärung abgeben zu können, daß wir ein jeder für sich und unabhängig von einander zu gleichen Schläffen gekommen sind. Es bereitet mir große Freude, daß die erste Antwort von Frankreich und Rußland gegeben wurde, denn sie haben fraglos das Recht, die erste Antwort auf eine solche Einladung zu geben, da der Feind noch auf ihrem Boden steht und ihre Opfer größer sind. Diese Antwort ist bereits veröffentlicht worden. Im Namen der Regierung gebe ich ihr eine klare und endgültige Unterstützung. Ein Mann oder ein Ring von Leuten, die ausschließlich oder ohne genügenden Grund die Verlängerung eines schrecklichen Kampfes, wie der gegenwärtige ist, wünschten, würden

ein Verbrechen

auf ihrem Gewissen haben, das ein Dzean nicht abwachen könnte. Auf der anderen Seite ist es ebenso wahr, daß ein Mann oder ein Ring von Leuten, die aus Müdigkeit oder Verzweiflung den Kampf aufgeben wollten, ohne das höchste Ziel, um dessentwillen wir hineingingen, erreicht zu haben, sich der folgenreichsten Freigebigkeit (wörtlich politroonery) schuldig machen würden, die jemals ein Staatsmann begangen hat. Ich möchte hier die besonnenen Worte anführen, die Abraham Lincoln unter ähnlichen Umständen sprach: Wir haben diesen Krieg für ein Ziel aufgenommen,

für ein Weltziel,

und der Krieg wird enden, wenn dies Ziel erreicht ist. Ich hoffe, daß er niemals enden wird, bis dies geschehen ist. Ist es wahrscheinlich, daß wir diese Ziele erreichen, indem wir die Einladung des deutschen Kanzlers annehmen? Welches sind die Vorschläge? Es gibt keine. In eine Konferenz auf die Einladung Deutschlands hin einzutreten, das sich selbst als siegreich erklärt, und ohne Kenntnis der Vorschläge, die Deutschland machen will, würde bedeuten, daß wir unsere Köpfe in eine Schlinge stecken, deren Seitende in Deutschlands Händen sich befindet.

Wir sind in solchen Dingen nicht ganz ohne Erfahrung. Es ist nicht das erstemal, daß wir gegen einen mächtigen Militärdespotismus gekämpft haben, der Europa überschattete, und es würde nicht das erstemal sein, daß wir dabei halfen, einen Militärdespotismus zu stürzen. Wir können an einen der größten dieser Despoten erinnern. Wenn es ihm bei der Ausführung seiner nichtswürdigen Pläne zweckmäßig erschien, war es ein beliebtes Mittel von ihm, in der Maske des Friedensengels zu erscheinen. Gewöhnlich erklärten er unter solchen Umständen, wenn er für einige Zeit seine Eroberungen sich zu assimilieren oder seine Truppen für neue Eroberungen zu reorganisieren wünschte oder wenn seine Untertanen Zeichen der Ermüdung und Teilnahmslosigkeit gaben. Der Appell wurde stets im Namen der Menschlichkeit unternommen. Er verlangte ein Ende des Blutvergießens, über das er sich entsetzt stellte, während er doch selbst in der Hauptsache dafür verantwortlich war. Unsere Vorfahren wurden einmal überlistet, und sie selbst und Europa hatten es bitter zu bereuen. Er benutzte die gewonnene Zeit, um seine Truppen für einen tödlicheren Angriff auf die Freiheit Europas als je zuvor zu reorganisieren.

Beispiele dieser Art lassen uns diese Note mit einem erheblichen Maß von in der Erinnerung begründeter Verunruhigung betrachten. Wir meinen, daß wir, ehe wir eine solche Einladung günstig in Erwägung ziehen können, wissen müssen, daß Deutschland bereit ist, den

einigen Bedingungen

zuzustimmen, unter denen Frieden in Europa erlangt und erhalten werden kann. Diese Bedingungen sind wiederholt von allen führenden Staatsmännern der Alliierten mitgeteilt worden. Auch Asquith hatte sie

wiederholt bekanntgegeben.

Es ist wichtig, daß in dieser Sache, die Leben und Tod für Millionen bedeutet, kein Irrtum entsteht. Er wolle diese Bedingungen deshalb

nach einmal wiederholen, sie seien vollständige Wiederherstellung (restoration), volle Genugtuung (reparation) und wirksame Garantien. Hat der deutsche Kanzler eine einzige Redewendung gebraucht, die darauf hindeutet, daß er bereit ist, einen solchen Frieden anzunehmen?

Lloyd George fuhr fort: Der wahre Inhalt und der Stil der Rede bilden eine Ablehnung eines Friedens auf Grund der einzigen Bedingungen, unter welchen der Friede möglich ist. Der Reichskanzler ist nicht einmal davon überzeugt, daß Deutschland einen Angriff gegen die Rechte freier Nationen unternommen hat. Hören Sie hierzu, was die Note sagt: Nicht einen Augenblick sind die Mittelmächte von der Ueberzeugung abgewichen, daß ihre Achtung vor den Rechten der anderen Nationen nicht in jeder Weise mit ihren eigenen Rechten und rechtmäßigen Interessen vereinbar ist. (Anmerkung der Redaktion: Die entsprechende Stelle der deutschen Note lautet: Stets haben sie (die Mittelmächte) an der Ueberzeugung festgehalten, daß ihre eigenen Rechte und begründeten Ansprüche in keinem Widerspruch zu den Rechten der anderen Nationen stehen.) Wann haben sie die Entdeckung gemacht? Wo war die Achtung für die Rechte der anderen Nationen in

Belgien und Serbien?

Das war Selbstverteidigung — ich vermute, bedroht durch die übermächtigen Armeen Belgiens. (Gelächter.) Ich vermute, die Deutschen waren durch Furcht zum Eindringen in Belgien, zur Niederdrückung der belgischen Städte und Dörfer, zur Hinrichtung von Tausenden von Einwohnern, zur Wegführung der Ueberlebenden in die Belagerung veranlaßt worden. Sie führten sie in die Sklaverei gerade in dem Augenblick, als die Note über die unerklärliche Ueberzeugung hinsichtlich der Achtung der Rechte einer anderen Nation geschrieben wurde.

Sind diese Gewalttätigkeiten das rechtmäßige Interesse Deutschlands? Wir müssen wissen, daß es nicht der Zeitpunkt für den Frieden ist, wenn Entschuldigungen dieser Art für handgreifliche Verbrechen vorgebracht werden können. Zweieinhalb Jahre, nachdem die Garantie durch grausame Taten bloßgestellt wurde, gibt es da,

ich frage in aller Heiterlichkeit,

irgendeine Garantie, daß ähnliche Ausflüchte in Zukunft nicht wieder benutzt werden, um irgendeinen Friedensvertrag umzustohlen, den man mit dem preussischen Militarismus schließen könnte?

Diese Note und die Rede beweisen, daß sie noch nicht das einfache ABC der Achtung für die Rechte der anderen gelernt haben. (Weifall.)

Ohne Genugtuung ist Frieden unmöglich.

(Weifall.) Sollen alle diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu Lande und zur See durch ein paar fromme Phrasen über Menschlichkeit wieder gut gemacht werden? Sollen sie keine Rechenschaft dafür ablegen? Sollen wir die Hand, die diese Grausamkeit begangen hat, in Freundschaft ergreifen, ohne daß eine Genugtuung angeboten oder gegeben wird? Deutschland überläßt es uns, für jede zukünftige Verletzung, die nach dem Kriege begangen wird, Schadenersatz zu erzwingen. Wir haben bereits damit begonnen. Es hat uns viel gekostet und wir müssen sie jetzt so erzwingen, daß wir nicht unseren Kindern eine so schlimme Erbschaft hinterlassen, so sehr wir uns alle nach Frieden sehnen und so tiefen Abscheu wir auch vor dem Kriege empfinden. Diese Note und die Rede, welche sie verkündet, gewähren uns

nicht viel Ermutigung und Hoffnung für einen ehrenvollen und dauerhaften Frieden.

Welche Hoffnung wird in dieser Rede geboten, daß die ganze Wurzel und Ursache dieser großen Trübsal, der anmaßende Geist der preussischen Militarlaste nicht ebenso vorherrschend sein wird wie je, wenn wir jetzt einen Frieden zusammenhampeln? (Weifall.)

Nachdem Lloyd George betont hatte, daß diese Rede, in der Friedensvorschlüsse angeregt wurden, widergehallt habe vom Ruhme der preussischen Kriegstrumphe, erklärte er: Wir müssen unsern Blick fest auf das Ziel gerichtet halten, für das wir in den Krieg eingetreten sind, sonst wird das große Opfer, das wir gebracht haben, vergeblich sein. Die deutsche Note erklärt, nur für die Verteidigung ihrer Existenz und für die Freiheit ihrer nationalen Entwicklung hätten sich die Mittelmächte gezwungen gesehen, die Waffen aufzunehmen. Solche Phrasen schlagen diejenigen, welche sie niederschreiben, selbst. Sie sollen das deutsche Volk dazu bringen,

die Pläne der preussischen Militärkaste

zu extrahieren, welche stets wünschte, der nationalen Existenz Deutschlands oder der Freiheit seiner nationalen Entwicklung ein Ende zu machen. Wir ziehen ihre Entwicklung, so lang sie sich auf den Pfaden des Friedens vollzog, willkommen. Die Alliierten traten in diesen Krieg ein, um Europa gegen den Angriff der preussischen Militarherrschafft zu verteidigen. Und da sie ihn begonnen haben, müssen sie darauf bestehen, daß das einzige Ende die vollständigste und wirksamste Würgerschaft gegen die Möglichkeit sein muß, daß diese Kaste jemals wieder den Frieden Europas stört. (Weifall.)

Preußen

war, seitdem es in den Händen dieser Kaste ist, ein schlimmer, anmaßender, drohender, eisenpresserischer, Verträge nach seinem Gutdünken mißachtender Nachbar, der ein schönes Gebiet nach dem andern schwächeren Nachbarn mit seinem prächtlich mit Angriffswaffen gefüllten Gürtel wegnahm und in jedem Augenblick bereit war, kundzutun, daß es diese Waffen gebrauchen wolle. Es war immer ein unangenehmer, ruhestörender Nachbar in Europa. (Hört! hört!) Es ist für diejenigen, welche tausend Meilen entfernt leben, schwer zu verstehen, was es für diejenigen bedeutet, welche in der Nähe leben. Selbst hier mit dem Schuß des breiten Meeres zwischen uns, wissen wir, wie ein unruhigstehender Faktor die Preußen waren mit ihrer beständigen Drohung zur See. Aber selbst wir können kaum begreifen, was dies für Frankreich und Rußland bedeutet. Jetzt, da dieser Krieg von den Führern der preussischen Militärpartei Frankreich, Rußland, Italien und uns selbst aufgezwungen worden ist, würde es eine grausame Torheit sein, nicht darauf zu sehen, daß diese Sabelkasseln in den Straßen Europas, diese Beunruhigung aller harmlosen und friedfertigen Bürger jetzt als ein

Angriff auf das Völkerrecht

Behandelt werde. Ein bloßes Wort, wie dasjenige, welches Belgien vor Zerstörung nicht zu schützen vermochte, wird Europa nicht mehr befriedigen. Wir alle glauben ihm, wir alle vertrauen ihm. Es gab unter den ersten Druck der Prüfung nach, und so wurde Europa in einem Strudel von Blut getaucht. Wir wollen deshalb

warten, bis wir hören, welche Bedingungen und Bürgschaften

die deutsche Regierung anbietet, andere als die, besser als die, sicherer als die, welche es so leicht gebrochen hat. Bis da-

hin wollen wollen wir unser Vertrauen lieber in ein ungebrochenes Meer, als in ein gebrochenes Wort setzen. (Lebhafter Weifall.) Für den Augenblick glaube ich nicht, daß es für mich ratsam sein würde, etwas auf die besondere Einladung hinzuzufügen. Eine formelle Antwort wird von den Alliierten im Laufe der nächsten Tage gegeben werden.

Lloyd George sagte weiter, die Regierung stehe vor einer gigantischen Aufgabe. Wenn es jemand gäbe, der der neuen Verwaltung in der Erwartung eines baldigen Sieges sein Vertrauen gegeben habe, so werde er zu einer Enttäuschung verurteilt sein. Die militärische Lage sei nicht düster, aber ernst. Der rumänische Mißerfolg war ein Unglück, aber schlimmstenfalls verlängert er den Krieg, er ändert nichts an den grundlegenden Tatsachen. Er ist das schlimmste, ein wirklicher Rückschlag gewesen. Das ist der Grund, warum wir in den letzten Tagen die sehr kräftige Aktion in Griechenland unternommen haben, die, wie ich glaube, geglättet ist. Ich bin von unserem

endgültigen Sieg

heute ebenso überzeugt wie je, wenn sich die Nation ebenso ausdauernd und tapfer und ebenso bereit erweist, Opfer zu bringen, zu lernen und auszuhalten wie die große Armee an der Somme. (Lebhafter Weifall.)

Lloyd George sprach dann über die Bildung des Kabinetts, bei der die Arbeiterpartei eine stärkere Vertretung erhalten habe. Es sei unmöglich, den Krieg zu führen, ohne die vollständige und unbeschränkte Unterstützung der Arbeiterpartei zu besitzen. Das frühere Regierungssystem sei für Friedenszeiten geeignet gewesen. Die Alliierten hätten bisher durch Langsamkeit der Entscheidung und des Handelns Unglück auf Unglück erlitten.

Dem Hause sollten bald Pläne vorgelegt werden, um den vorhandenen Schiffsraum besser auszunutzen und Neubauten zu beschleunigen. Das Lebensmittelproblem sei ernst, die Weltenernte habe verlagert, die Aussichten auf Zufuhr seien schlecht. Dabei sei die englische Ernte gering, und die Neubestellung betrage ansehnlich nur $\frac{1}{3}$ des Durchschnitts. Unter diesen Umständen sei die U-Boot-Gefahr nicht das wichtigste. Produktion und Verteilung der Lebensmittel sei unter Kontrolle zu nehmen. Zugleich aber müsse die ganze Nation auf Luxus und Wohlleben verzichten. Unausbleiblich sei die

Mobilisierung der Arbeiterreserven,

ohne sie könne man nicht durchkommen. Wenn die Arbeitskraft nicht auf das Letzte ausgenutzt werde, sei der Sieg unerreichbar. Die Regierung müsse die Macht haben zu bestimmen, daß jedermann, der nicht im Heere ist, an Arbeiten von nationaler Bedeutung teilnehme. Die Regierung beabsichtige, den Lordmayor von Birmingham Neville Chamberlain als Direktor des Nationaldienstes einzusetzen, der die allgemeine Dienstpflicht sowohl nach der militärischen als der bürgerlichen Seite regeln soll.

Lloyd George schloß mit dem Ausdruck des Bedauerns, daß er sich von Asquith habe trennen müssen. In einem langen und heftigen Kriege läme es vor, daß Männer in der Leidenschaft des Konflikts die hohen Ziele vergäßen, mit denen sie in den Krieg gegangen seien. Dies sei ein Kampf für das Völkerrecht, für die nationale Ehre, für den nationalen guten Glauben. Die Dämme, die Generationen von Männern mühsam gegen die Barbarei aufgebaut hätten, seien durchbrochen, und wäre nicht die Macht Englands in die Bresche getreten, so wäre Europa von einer Flut von Barbarei und einer ungezählten Machtgier überschwemmt worden. Der Triumph Preußens würde dazu führen, daß die Menschheit hilflos im Sumpfe stecken bliebe. Deshalb habe ich, sagte Lloyd George, seit dem Beginn des Krieges nur ein politisches Ziel gekannt, nämlich die Errettung der Menschheit von der überwältigendsten Katastrophe, die ihre Wohlfahrt jemals bedroht hat.

Asquith.

Nachdem Lloyd George geschlossen hatte, sprach Asquith von der vordersten Bank der Opposition aus und sagte, seine erste Pflicht sei es, Lloyd George von ganzem Herzen dazu zu beglückwünschen, daß er das höchste Amt im Dienste der Krone übernommen habe. Wenn er von der Oppositionsbank aus spreche, so geschehe das nicht, weil er Führer der Opposition sein wolle. Es gebe keine Opposition. Sein einziger Wunsch sei, was immer er an Erfahrung besitze, zur Verfügung zu stellen. (Lauter Weifall.) Die letzte Regierung habe in der wirksamen Verfolgung des Krieges nicht verlagert. Es könnten Irrtümer im Urteil vorgekommen sein, aber keine Nachlässigkeit oder Trägheit. Deutschland hat

sogenannte Friedensvorschlüsse

gemacht, die sich in der bekannten Ausdrucksweise preussischer Arroganz bewegen. Wie kommt es, daß eine Macht, die ihrer militärischen Ueberlegenheit und des endgültigen Sieges gewiß zu sein behauptet, nach zwei Kriegsjahren aller Welt „Frieden!“ ruft? Ist es ein plötzlicher Anfall von Mitleidlichkeit, wenn der deutsche Reichskanzler so empfindlich gegen die Gebote der Humanität wird? Wir müssen den Ursprung dieser Friedensvorschlüsse anderwärts suchen. Sie sind aus der militärischen und wirtschaftlichen Notwendigkeit entstanden. Wir alle sehnen uns nach Frieden, aber es muß ein ehrenhafter und kein schimpflicher Friede sein. Es darf kein zusammengestülptes unsicheres Kompromiß sein. Es muß ein Friede sein, der das Ziel erreicht, für das wir in den Krieg gegangen sind. Einen solchen Frieden werden wir mit Freuden annehmen und jeden anderen zurückweisen. Ich erkläre offen und nachdrücklich, ich sehe in der Note der deutschen Regierung nichts, was mir den geringsten Grund zu der Annahme bietet, daß sie gewillt ist, den Verbündeten Genugtuung und Siderheit zu gewähren. Wenn sie bereit ist, uns Genugtuung für die Vergangenheit und Stabilität für die Zukunft zu geben, so mag sie es sagen.

Briand im Senat.

Paris, 19. Dezember. Meldung der Agence Havas. Im Senat begründete Börenger seine Interpellation über die Methoden der Regierung, welchen er Mangel an Voraussicht auf militärischem und diplomatischem Gebiet vorwarf. In seiner Antwort auf die Rede Börengers erklärte Briand:

Die Stunde ist fortwährend ernst. Unser Land ist aber über andere schwierige Stunden hinweggekommen. Denken Sie an die Armeen von Verdun! Es ist eine Freude, festzustellen, daß nach zehnmonatigen Anstrengungen die Franzosen den Sieg auf ihre Fahnen schreiben konnten. (Weifall.) Dieser Krieg ist nicht mit anderen zu vergleichen; er hat ganze Nationen zum Kampfe gegeneinander gebracht. Wir sind nicht duragedrungen. Aber ist Deutschland in Frankreich durchgedrungen? Die deutschen Heere hatten dort Augenblickserfolge. Wir wissen, daß diese Heere eine furchtbare Macht bilden. Der Sieg kann aber nur in logischer Folge kommen. Deutschland hat niemals einen entscheidenden Erfolg errungen, da es ihn nicht am Anfang des Krieges hatte. Es darf ihn nicht haben. (Lebhafter Weifall.) Es konnte auf diesen Sieg im Anfang infolge seiner Abjähigen Vorbereitung hoffen. Aber seit seinem Mißerfolg an der Marne und an der Djer ist es der endgültigen Nieder-

lage verfallen (Weifall), seitdem die Anstrengungen der Alliierten sich verstärkt und sich einordneten in

die gemeinsam verabredeten Unternehmungen

der vier alliierten Großmächte. Es gab dabei unvermeidliche Schwierigkeiten. Die Regierung bemüht sich, sie zu vermeiden. Kann man an dem Ausgang zweifeln? Die Deutschen hatten ihren Sieg durch die Offensive von Verdun angeklündigt. Die französisch-englische Offensive an der Somme brachte ihnen eine grausame Enttäuschung. Sie zeigte unseren Soldaten, daß die Stunde der Befreiung unseres Landes sich genähert habe. Italien seinerseits war Gegenstand eines furchtbaren Angriffs. Die Russen brachen aber auf und entlasteten Italien. Das sind einige Beispiele für die Zusammenarbeit der Alliierten. Ich für meinen Teil habe mich bemüht, dieses Einbernehmen enger und fruchtbringender zu gestalten.

Auf eine Anfrage Lourens über den deutschen Friedensvorschlag erklärte Briand: Im ersten Augenblicke, auf eine einfache Mitteilung der Blätter hin habe ich in der Kammer bekannt gegeben, was ich über den Vorschlag, den ich als ein plummes Manöver ansehe, denke. Meine Aeußerung entsprach den Gefühlen aller Verbündeten. Seither sind in Italien und in Rußland kräftige Worte gesprochen worden, um zu zeigen, daß wir uns nicht foppen lassen.

Morgen wird eine vereinbarte Antwort erteilt

werden, und sie wird in klarer Weise bekannt geben, daß der Vorschlag der Mittelmächte unmöglich ernst genommen werden kann. Ich gestatte mir nachdrücklich auf den wirklichen Charakter der Rede Bethmann Hollwegs hinzuweisen. Wenn Deutschland im Augenblicke, wo es sämtliche letzte Reserven seiner Bevölkerung ausbietet und die Bevölkerung von Belgien und Polen zwangsweise verschickt — wenn Deutschland in dem Augenblicke, wo es im Osten Erfolge hat, die Gewißheit des Sieges hätte, würde es einen solchen Vorschlag gemacht haben?

Es ist eine Falle und ein Manöver.

Deutschland macht jetzt schwierige Stunden durch. In seiner öffentlichen Meinung zeigt sich Schwanken und Wankeln und da erhebt sich Deutschland vor der Welt und sagt: „Nicht ich habe diesen Krieg gewollt, er ist mir aufgezwungen worden.“ Die Antwort auf diese Behauptung ist zu leicht zu erteilen. Es ist nicht mehr notwendig zu zeigen, daß die alliierten Länder sich bis zum letzten Augenblicke bemüht haben, den Frieden aufrecht zu erhalten. Aber der Krieg war von den Mittelmächten befohlen und sie stürzten sich in ihn von der Gewißheit getrieben, daß sie siegen werden. Der Reichskanzler hat sogar gewagt zu sagen, daß er sich um einen Regen Papier nicht zu kümmern brauche. Solche Worte werden nicht verschwinden können. Deutschland ist es, das die Verantwortung für diesen Krieg tragen wird.

Wenn es nun sagt, wir sind siegreich, wir bieten den Frieden an, so sagt es nicht die Wahrheit. Vor allem ist es nicht siegreich und es fällt auch nicht den Sieg kommen. Sonst würde es ihn der Welt aufdrängen. Dieser Schrei nach dem Frieden ist ein Schrei der Schwäche und auch eine schlaue Handlung.

Man sucht vergeblich irgend etwas Bestimmtes in den Umständen, unter denen dieser Vorschlag gemacht ist. Auch er ist noch

eine Kriegshandlung.

Die Neutralen haben sich darin nicht getäuscht. Die Verbündeten sind fest entschlossen, diesem Manöver die einzige Antwort zu erteilen, welche es verdient. Unser Land wurde durch dieses Manöver nicht in Verwirrung gebracht. Frankreich hat dieses Manöver als

eine Herausforderung

angesehen und erklärt, daß die beste Antwort, die darauf zu erteilen war, der gestrige Sieg von Verdun ist. (Weifall.) Die amtliche Antwort der Alliierten wird unseres Landes würdig sein. (Weifall.)

Clemenceau verlangte im Namen der Heereskommission den Wiederzusammentritt des Senats als Geheimkomitee, da seine Interpellation in öffentlicher Sitzung nicht besprochen werden könne. Der Senat beschloß einstimmig die Sitzung als Geheimkomitee, worauf die Tribünen geräumt und die öffentliche Sitzung geschlossen wurde.

Briands Diktatur-Anträge.

Die Abneigung der Kammer.

Paris, 19. Dezember. (W. L. V.) Die Kammer nahm die Wahl des Ausschusses vor, der beauftragt ist, den Gesetzentwurf zu prüfen, durch welchen der Regierung das Recht betwilligt werden soll, im Verordnungswege gewisse, die nationale Verteidigung betreffende Maßnahmen zu ergreifen. Von den Gewählten sind 23 Mitglieder Gegner des Gesetzentwurfes, 10 Mitglieder ihm günstig; doch verlangen auch sie Abänderung des Gesetzentwurfes.

Die Kammer nahm ferner die Wahl des Ausschusses vor, welcher die von Mitgliedern des Parlaments ausgehenden Anträge auf Abänderung der Verfassung prüfen soll. 27 der Gewählten sind gegen, 6 für die Anträge.

Verdun und Rumänien.

Bern, 19. Dezember. (W. L. V.) Während „Echo de Paris“ in einer Betrachtung der militärischen Lage trocken feststellt, daß sich in den letzten 24 Stunden bei Verdun nichts Neues ereignet habe, bemerkt „Temps“, es sei wahrscheinlich, daß der Kampf in diesem Abschnitt bereits zum Abschluß gekommen sei. Hinsichtlich Rumäniens verlangt „Temps“ dringend, daß die russisch-rumänischen Streitkräfte, die sich zwischen Buzeu und Calmatain südlich von Braila befinden, sich schleunigst auf das Nordostufer des Sereth zurückziehen, da sonst zu befürchten sei, daß die alliierten Heere abgeschnitten würden. Eine ähnliche Besorgnis äußern auch die Militärkritiker der anderen Pariser Blätter, wenn auch etwas verfleckter.

Die Verstaatlichung als Streikschuß.

Gegen die Iren.

Asterdam, 20. Dezember. (W. L. V.) Die britische Regierung hat die irischen Eisenbahnen in Staatsbetrieb genommen, um dem drohenden Streik im Süden und Westen vorzubeugen.

Amerikanische Rüstungspläne.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus New York: General Scott unterbreitete dem Kongressauschuß Beschlüsse zum Beweise, daß die Vereinigten Staaten für einen internationalen Konflikt vollständig unvorbereitet seien. Er sieht eine schwere Gefahr in dem englisch-japanischen Bündnis und verlangt ein Heer von 3 Millionen Mann auf der Grundlage allgemeiner militärischer Ausbildung.

Die Uebergabe von Bukarest.

Telegramm unseres Kriegsberichterstatters
Dr. Adolf Röpke.

Bukarest, 7. Dezember.

Die Uebergabe der rumänischen Hauptstadt hat sich ohne große Zeremonien vollzogen. Sobald die erste Kompagnie die Stadtgrenze erreicht hatte, fuhr ein Auto vor. In einer der ersten Straßen fand man eine Droschke, in der sich außer einem verwundeten rumänischen Offizier ein Herr in Zivil befand, der sich als Delegierter des Bürgermeisters vorstellte. Er erklärte, daß die Stadt ruhig sei und die Ankunft der deutschen Truppen erwarte. Die Offiziere verlangten den Bürgermeister persönlich zu sprechen. Unter dem jubelnden Gedränge großer Menschenmassen fuhr man beim Bürgermeister vor. Großes Erstaunen. Obwohl man seit Tagen die Ankunft der Deutschen erwartete, hatte das Abreißen der Kapitulationsplakate durch die Russen am Tage vorher die Erwartungen wieder zurückgeschraubt. Der Bürgermeister zieht aus seiner Tasche ein schon vorher angefertigtes Schriftstück, in dem er um Schutz für die bürgerliche Bevölkerung bittet und versichert, keine Verbindung mehr mit den rumänischen Truppen zu haben. Das Schriftstück wird in Empfang genommen und gleichzeitig ein Protokoll über das Eintreffen der ersten Kompagnie auf dem Schloßplatz angefertigt. Auf der weiteren Fahrt werden zahlreiche rumänische Soldaten, einmal eine ganze Pionierkompagnie beobachtet. Die Leute wissen nicht, wie sie sich benehmen sollen. Die meisten stehen, als sie das Automobil sehen. Eine rumänische Pionierkompagnie rettet sich in mehrere elektrische Wagen. Auch Peter C. Carp begrüßte die Offiziere: „Meine Herren, ich hätte Sie lieber als Freunde, denn als Feinde bei uns gesehen.“ Dann plauderte er über persönliche Dinge. Immer betont er, daß er ohne jeden offiziellen Auftrag ist. Er habe alles getan, was in seinen Kräften stand, leider seien diese zu schwach gewesen. Nun sind schon mehrere Kompagnien in der Stadt. Bukarest befindet sich noch nicht formell, aber tatsächlich schon in der Hand der Verbündeten.

Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 19. Dezember. Amtlicher Heeresbericht.

Mazedonische Front. Vom Prespa-See bis zur Struma schwaches feindliches Artilleriefeuer. Längs der Struma gegenseitige Artillerietätigkeit und Patrouillengefächte.
Front des Ägäischen Meeres: Ein feindliches Schiff gab 23 Schüsse auf das Küstengebiet östlich von Kavalla ab.
Rumänische Front: In der Dobrudscha dauert der Vormarsch an. In Babadag wurden unsere Truppen von der Bevölkerung herzlich empfangen. In der östlichen Walachei entwickeln sich die Operationen planmäßig.

Der türkische Kriegsbericht.

Konstantinopel, 19. Dezember. Amtlicher Bericht vom 18. Dezember.

Persische Front. Für uns günstige Patrouillen- und Erkundungsgefächte.
An den anderen Fronten hat sich nichts von Bedeutung ereignet.
In der Dobrudscha setzen unsere Truppen zusammen mit denen der Verbündeten die energische Verfolgung des Feindes fort. Sie machten am 15. und 16. Dezember über 110 Gefangene.
Der Stellvertretende Oberbefehlshaber.

Die griechische Widerstands-Note.

Aus Bern verlautet gestern: „Echo de Paris“ meldet aus Athen, die Lage bleibe ungewiß. Die königstreue Presse fordert die Regierung auf, energisch vorzugehen. Der Berliner Juntspruch über das Friedensangebot habe in Athen ungeheuren Eindruck gemacht.

Athen, 20. Dezember. (W. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureau. Griechenland hat eine Note an die Regierungen der Entente gerichtet, in der es die Lage schildert, die entstanden sei, seitdem es den Bedingungen des Ultimatum der Alliierten zugestimmt hat. Die Note hebt die Schwierigkeiten hervor, die sich aus den Ereignissen auf den Inseln, aus dem Jögern der Alliierten, ihre Säheforderungen bekannt zu geben, und aus der Fortsetzung der Blockade ergeben haben. Die griechische Regierung gibt zu verstehen, daß sie vielleicht gezwungen sein werde, die Truppenverschiebungen nach dem Süden in Erwartung einer Lösung der gegenwärtigen Lage einzustellen.

Gegen den Inselraub der Venizelisten.

Ein Teil des Inhalts der griechischen Protestnote betrifft die Wegnahme griechischer Inseln durch venizelistischer Truppen. Ueber diesen Protest meldet noch, wie Wolffs Bureau aus Bern meldet, „Corriere della Sera“ aus Athen: Gestern Abend überreichte die griechische Regierung dem italienischen und dem russischen Gesandten eine Protestnote mit einer Kopie für die englische und die französische Gesandtschaft, deren Vertreter sich im Piräus befinden. Die Note verlangt die Rückgabe der Inseln Chra, Rhagos, Pharos, Samos, Kea und Santorin, die von den Venizelisten mit Gewalt und unter Mithilfe der Alliierten unterworfen worden seien, trotzdem die Bevölkerung königstreu sei. Die Note verlangt gleichfalls die Wiedereinsetzung der königlichen Behörden auf den Inseln.

Die neue Note der Entente.

London, 19. Dezember. (W. Z. V.) Das Reutersche Bureau erzählt, daß der Text der neuen Note an Griechenland nach Beratung der Verbündeten jetzt festgelegt ist; sie wird demnächst überreicht werden. Es handelt sich in der Note besonders darum, welche Genugtuung für den Angriff auf die Streitkräfte der Alliierten am 1. und 2. Dezember erforderlich wäre.

Tarnowskis Freigeleit.

Oesterreichische Bedenken.

Budapest, 19. Dezember. Der „Pester Lloyd“ meldet aus Wien: Die Gewährung freien Geleites für den österreichisch-ungarischen Vorkämpfer Grafen Tarnowski von englischer Seite bedeutet noch keine vollkommene Erledigung dieser Angelegenheit. Bekanntlich hat sich die amerikanische Regierung an England und Frankreich wegen des freien Geleites gewandt. Es muß abgewartet werden, ob auch die

Noch einmal Widerstand in der nördlichen Dobrudscha. — Vereinzelt Artilleriefeuer, Patrouillentätigkeit, Angriffsgefechte.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 20. Dezember 1916. (W. Z. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

An der Somme, an der Aisne und in der Champagne sowie auf dem Ostufer der Maas nur in einzelnen Abschnitten wechselnd starkes Artilleriefeuer und Patrouillentätigkeit.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Nichts Wesentliches.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph.

In den Bergen auf dem Ostufer der Goldenen Distrik scheiterten mehrere Angriffe russischer Bataillone.

Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Vereinzelt war die Artillerietätigkeit lebhafter.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, 20. Dezember.

An der Westfront und im Osten keine größeren Kampfhandlungen.

Im nördlichsten Teil der Dobrudscha hat sich der bis dorthin gewidene Gegner wieder zum Kampf gestellt.

Im Cernabogen sind nach starkem Feuer einsetzende feindliche Angriffe vor unseren Stellungen gescheitert.

Der österreichische Bericht.

Wien, 20. Dezember 1916. (W. Z. V.) Amtlich wird verkündet:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Gegen unsere Stellungen im Mesiconeci-Abschnitt wiederholten die Russen gestern ihre heftigen Angriffe, die unter größten Feindverlusten abgewiesen wurden.

An allen anderen Frontteilen hat sich nichts Wesentliches ereignet.

Italienischer und Südböhmischer Kriegsschauplatz.

Lage unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.
v. Söefer, Feldmarschallleutnant.

französische Regierung ihrerseits das freie Geleit gewährt. Außerdem muß auch die Frage anderer als bloß auf die Person des Vorkämpfers bezüglicher Sicherheiten ins Auge gebracht werden.

Neue Krise in Oesterreich.

Statt Epismüller Graf Clam-Martini.

Aus Wien kommt die Meldung, daß die Bildung eines Kabinetts Epismüller gescheitert und Graf Clam-Martini der erste Anwärter für die Uebernahme der Regierung ist. Der neu genannte Mann ist hochfeudal und stockkonservativ und gehört dem tschechischen Großgrundbesitz an, der gemäßigt-nationale Ansprüche vertritt. Epismüller soll nicht in der Versenkung verschwinden, sondern in das Ministerium Clam-Martini als Finanzminister im Finanzministerium, in der niederösterreichischen Finanzminister eintreten, zu welchem Amt ihm seine bisherige Laufbahn ein gewisses Recht gibt.

Drei Gründe werden für den Rücktritt Körbers angeführt: Die Weigerung, die auch in Oesterreich verheißene Neuorientierung mit Hilfe des Notparagrafen 14 durchzuführen, die Ablehnung des von Epismüller und Tisza geschlossenen österreichisch-ungarischen Ausgleiches und — der feste Wille, auch in dem „großen Titel“ des neuen Kaisers von Oesterreich und Königs von Ungarn, die in Oesterreich herrschende staatsrechtliche Auffassung von dem Verhältnis der beiden Reichshälften zum Ausdruck zu bringen.

Graf Stürgkh hatte den Deutschen die Sonderstellung Galiziens, die ihnen nach dem Ausschluß der Polen die dauernde Mehrheit im Reichsrat sichern sollte, und die außerparlamentarische Erledigung und Durchführung der geplanten Sprachengesetze versprochen, die den Einfluß der Deutschen ebenfalls verstärken sollten. Körber brachte in die Proklamation des jungen Kaisers die verheißungsbollen Worte von der Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte der Völker und lehnte die absolutistische Behandlung von Fragen ab, welche das tiefste Lebensinteresse aller Völker der vielsprachigen Monarchie berühren, deren glückliche Zukunft Oesterreich begründen kann, deren einseitige Erledigung aber die zentrifugalen Kräfte in ihrer freien Ministerarbeit stärken muß. Die Deutschradikalen haben wohl Körber stürzen helfen und in Epismüller den Mann ihrer kurzschichtigen Wünsche mit Heil und Hurra begrüßt. Wird aber Graf Clam-Martini wirklich Ministerpräsident, so werden die lauten Rannen um R. O. Wolf verblüfft erkennen, daß sie nicht die Schieber, sondern die Geschobenen waren.

Ueber die österreichisch-ungarischen Gegensätze ist es in diesen Tagen zu Debatten im ungarischen Reichstag gekommen, die in Deutschland leider überhört wurden. Graf Apponyi erklärte, daß Ungarn nicht ruhig zusehen könne, wenn die österreichische Verfassung nicht nur pausiert, sondern endgültig einschlafe. Ungarn müßte dann seine Angelegenheiten vollkommen unabhängig von einem Staate erledigen, in dem die Bedingungen des 1867 geschlossenen Ausgleiches nicht erfüllt werden.

In Deutschland ist auch nicht beachtet worden, daß die ungarische Regierung am 30. Juni 1916 der österreichischen Regierung mitgeteilt hat, daß sie den von den beiden Reichshälften gemeinsam geschlossenen Handelsvertrag mit Deutschland zum 31. Dezember 1917 kündige. Der Sache nach ist die Nachricht wahrscheinlich nicht beachtet, weil kein vernünftiger Mensch glauben wird, daß die ungarische Regierung im Kriege oder unmittelbar nach dem Kriege wirklich die Zeit zur einseitigen forcierten Festlegung der deutsch-österreichisch-ungarischen Handelsbeziehungen auf lange Zeit für gekommen halten oder gar bei Nichterfüllung ihrer Wünsche einen Zollkrieg mit den Bundes-

genossen riskieren werde. Die Absicht war lediglich, die österreichische Regierung zum schleunigen Abschluß des Ausgleiches zu pressen, und wirklich ist es den Ungarn gelungen, einen Ausgleich durchzusetzen, von dem zwar Epismüller behauptet, daß er das Beste wäre, was sich für Oesterreich hätte erzielen lassen, dem aber andere Kritiker, besonders die Zoll- und handelspolitische Kommission, der Beirat der österreichischen Interessenten, eine wesentlich ungünstigere Zensur erteilen. Der Ausgleich ist diesmal von größter Bedeutung, weil er nicht bisher auf zehn, sondern auf zwanzig oder fünfzigjährige Jahre geschlossen werden soll.

Das Ministerium Clam-Martini.

Aus Wien wird in später Abendstunde gemeldet: Wie verlautet, wird das neue Kabinett wie folgt zusammengesetzt sein: Präsidium und Leitung des Ackerbauministeriums Graf Clam-Martini, Ministerium des Innern Freiherr v. Handel, Handelsministerium Dr. Urban, Arbeitsministerium Freiherr von Tuka, Kultus- und Unterrichtsministerium Freiherr v. Hussarek, Minister für Galizien Dr. Soborzinski, Landesverteidigung Freiherr v. Georgi, Finanzministerium Dr. v. Epismüller, Justizministerium Freiherr v. Schenk, Eisenbahnministerium Freiherr v. Forster, Minister ohne Portefeuille Dr. Wartenreiter.

Ein reines Beamtenministerium. Nur Wartenreiter entstammt als Vertreter des deutschen verfassungstreuen Großgrundbesitzes der parlamentarischen Laufbahn.

Der spanische Generalstreik.

Bern, 20. Dezember. „Echo de Paris“ meldet, der spanische Generalstreik sei ohne nennenswerte Zwischenfälle verlaufen, die Arbeit gestern wieder aufgenommen worden.

Die feindlichen Heeresberichte.

Fransösischer Bericht vom 19. Dezember nachmittags. Südlich der Somme veruchten gestern die Deutschen gegen Ende des Tages einen Handstreich gegen unsere Gräben nördlich von Chilly. Eine Abteilung des Feindes, der es gelungen war, in eine unserer vorgeschobenen Stellungen einzudringen, wurde alsbald wieder zurückgeworfen. Auf dem rechten Ufer der Maas beschloß der Feind während der Nacht die Gegend von Laubemont und Chambrettes. Von der übrigen Front nichts zu melden.

Flugdienst. Am 17. sind zwei deutsche Flugzeuge durch unsere Flieger an der Verdun-Front abgeschossen worden. Eines der feindlichen Flugzeuge fiel auf Verbevois nieder, das andere zerfiel bei Ornes auf dem Boden. In der Nacht vom 18. auf den 19. warfen unsere Bombenwerfergeschwader 600 Mio Geschosse auf die Bahnhöfe von Dun sur Reuse und Montemédy und auf Lager bei Ajanmes ab.

19. Dezember abends. Der Artilleriekampf war auf dem rechten Ufer der Maas lebhaft, besonders in der Gegend von Verzonvauz, dem Carrière-Wald und von Chambrettes. Keine Infanterietätigkeit. Auf der übrigen Front zeitweilige Artillerietätigkeit.

Englischer Bericht vom 19. Dezember. Wir liegen fest morgens drei Meilen südwestlich von Neubille-St. Waast springen. Der Feind ließ südlich von Hvern eine Quetschmine springen, ohne Schaden in unseren Gräben zu verursachen. Die feindliche Artillerie war in der Nacht besonders in der Nachbarschaft von Gaucourt I'Abbaye tätig. Wir beschossen mit Erfolg die feindlichen Linien östlich von Fauquissart. Im übrigen hält die Artillerietätigkeit an.

Der Seekrieg.

Die „Suffren“ torpediert.

Berlin, 20. Dezember. Eines unserer Unterseeboote hat am 26. November etwa 50 Seemeilen nordwestlich von Lissabon ein feindliches Linien Schiff durch Torpedoschuss versenkt. Es handelt sich um das vom französischen Marineministerium am 8. Dezember als mit der gesamten Besatzung verloren gemeldete französische Linien Schiff „Suffren“.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Versenkt. Die Lloyd's melden, sollen die dänische Bark „Jorgen“ und der norwegische Dampfer „Sjourn“ versenkt worden sein. „Mosin“ meldet aus La Rochelle: Ein deutsches U-Boot versenkte die Segler „Fresper“ und „Leon“. Acht Mann der Besatzung wurden an Bord des U-Bootes genommen; sie wohnten der Versenkung zweier weiterer Dampfer bei und wurden schließlich nach La Rochelle gebracht. „Echo de Paris“ meldet aus Marseille: Der Dampfer „Lotus“ hatte dreihundert Gerettete der versenkten Dampfer „Magellan“ und „Sinai“ an Bord.

Kleine Kriegsnachrichten.

Die Lage der Kriegsgefangenen auf der Kola-Halbinsel, die zum Bau der Murmanbahn herangezogen wurden, hatte zu Vergeltungsmoßregeln von Seiten der deutschen Heeresverwaltung geführt. 1000 russische Offiziere wurden in ein Mannschaftslager übergeführt und dort einer besonders strengen Behandlung unterworfen. Durch Vermittlung des Schwedischen und Dänischen Roten Kreuzes ist jetzt eine Einigung erzielt worden. Nach einer Mitteilung des Jaren wird vom 1. Januar a. St. sich kein Kriegsgefangener mehr in den Gebieten der Murmanbahn auf der Kola-Halbinsel befinden. Die Vergeltungsmoßnahmen gegen die deutschen und russischen Offiziere sind eingestellt worden.

Austausch-Gefangene. Konstan, 20. Dezember. Nach langer Pause traf heute 8,55 Uhr wieder ein schweizerischer Lazarettzug deutscher Austauschgefangener ein. Der Zug brachte 248 Soldaten und zwei Offiziere. Die heimgekehrten Krieger, meist bei Verdun und an der Somme in Gefangenschaft geraten, haben eine harte Lebenszeit hinter sich. Unter den Angekommenen waren sehr viele mit schweren Verletzungen.

Enderkundungen in Ungarn. Eine Verordnung des Kommandanten ordnet die neuerliche Einschreibung und Reumusterung der Landsturmpflichtigen der Jahresklasse 1892 bis 1898 an.

Jules Cambon wurde wieder zum Generalsekretär des französischen Ministeriums des Aeußeren ernannt.

Letzte Nachrichten.

Holländische Stimmen über Lloyd George.

Amsterdam, 20. Dezember. Das sozialdemokratische „Dei Volk“ hat von der Rede Lloyd Georges den Eindruck gewonnen, daß die Elemente, die zur Antäufung von Verhandlungen dienen können, in ihr nicht fehlen. Man müsse vor allem die Antwort der Entente auf die Note der Mittelmächte abwarten. Inzwischen dürste man noch immer hoffen. „Nieuw van den Dag“ schreibt: Der Redner Lloyd George hat gestern einen glänzenden Erfolg errungen, nicht aber der Staatsmann. Das Blatt glaubt, daß mit der Rede des englischen Premierministers die Friedensansichten als endgültig erledigt zu betrachten sind. Es schließt: Was uns betrifft, so wollen wir nicht mehr sagen, als daß wir nicht gern in der Haut dieses Ministers stecken möchten, jeht, wo viele Millionen Menschen bittere Tränen weinen oder mit verbissener Bist das Einscheiden ihrer Friedenshoffnungen ansehen werden.

Bewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Rheinische Gewerkschaften zum Hilfsdienstgesetz.

Aus Köln wird uns geschrieben: Am Sonntag tagte hier eine Konferenz der mittel- und oberrheinischen Gewerkschaftskartelle und anderer gewerkschaftlicher Organisationsvertreter. Gauleiter **L i b r e c h t** (Buchdrucker) referierte über die Entstehung und Bedeutung des Hilfsdienstgesetzes. Er bezeichnete es als ein Notgesetz, dessen einzelne Bestimmungen vom Gesichtspunkt des Kriegsdienstes beurteilt werden müßten. Wenn die Gewerkschaften tatkräftig bei der Durchführung des Gesetzes mitwirkten, würden seine unmittelbaren und ferneren Wirkungen für die Arbeiter nicht ungünstig sein. **M u t h** (Bauarbeiter) charakterisierte die von der „Arbeitsgemeinschaft“ gegen die Annahme des Gesetzes vorgebrachten Gründe und beantragte zu beschließen: „Die Arbeiterabgeordneten im Reichstage haben durch die Annahme des Gesetzes im Interesse der Arbeiterklasse gehandelt.“ Dieser Antrag wurde nach kurzer, sachlicher Debatte einstimmig angenommen. Darauf wurden die Vorschläge für die Befreiung der im Hilfsdienstgesetz vorgesehenen Schiedskommissionen zusammengestellt.

Berlin und Umgegend.

Erhöhte Teuerungszulagen in der Brauerei **G. Engelhardt.**

Auf Anregung der Kellerarbeiter hat die genannte Brauerei nach Verhandlung mit den in Frage kommenden Organisationsvertretern sich bereit erklärt, ihren Arbeitern und dem Fahrpersonal eine weitere Teuerungszulage zu gewähren. Die Zulage beträgt wöchentlich 2,50 M. für männliche Arbeiter über 18 Jahre und 1 M. für Jugendliche und Arbeiterinnen. Dadurch erhöht sich die Gesamtzulage bei dieser Brauerei auf 10 M. wöchentlich für erwachsene männliche Arbeiter, 4 M. für Arbeiterinnen und 2,50 M. für jugendliche Arbeiter. Die erhöhte Zulage wird vom 1. Dezember ab berechnet und gelangte am 15. Dezember bereits zur Auszahlung.

Achtung, Bauanschläger! Die Tarifkommission hat in ihrer Sitzung vom 15. Dezember 1918 dem Antrag der Arbeiter um Gewährung einer weiteren Teuerungszulage von 20 Prozent ihre Zustimmung erteilt. Für alle Arbeiten, die vom 18. Dezember 1918 an in Angriff genommen werden, soll für die Dauer des Tarifvertrages ein weiterer Aufschlag von 20 Prozent, also insgesamt 30 Prozent, auf die Tariffähige gezahlt werden. Bei allen Arbeiten, die vor dem 18. Dezember in Angriff genommen worden sind und

die längere Zeit als bis zum 21. Dezember in Anspruch nehmen, soll für die Teilarbeiten vom 18. Dezember an ebenfalls der Aufschlag gezahlt werden.

Wir erlauben nun alle Kollegen, diese Abmachungen strikte inne zu halten und ums umgebend die Firmen mitzuteilen, die sich weigern, 30 Prozent Aufschlag zu zahlen. **Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.**

Weihnachtsunterstützung im Verband der Steinarbeiter.

Die Auszahlung der Unterstützung erfolgt an alle Angehörigen der Mitglieder des Verbandes, die bis zum 11. Dezember zum Weerdienst eingezogen sind, vor ihrer Einziehung mindestens ein Jahr organisiert sind, 52 Beiträge geleistet haben und nicht mehr als acht Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstande sind. Die Unterstützung wird ausgezahlt im Bureau des Verbandes, Gewerkschaftshaus, Engelshof 15 I Zimmer 7, in der Zeit von 8—11 Uhr vormittags und 4—7 Uhr nachmittags. Sonnabendnachmittag ist geschlossen. Mitgliedsbücher müssen abgegeben sein.

Für Polen eingestellt, die Arbeit nicht angetreten.

Die Berliner Baufirma **Habermann u. Gude** stellte für Arbeiten, die sie im österreichischen Okkupationsgebiet in Polen auszuführen hatte, zwei Schachmeister ein. Eße die Abreise erfolgen konnte, mußten sich die beiden Eingestellten Pässe und Paßierscheine besorgen, was mehrere Tage in Anspruch nahm. Als sie im Besitz der Papiere waren und sich bei der Firma zur Abreise bereit erklärten, wurde ihnen ein Arbeitsvertrag zur Unterschrift vorgelegt, aus dem sie ersehen, daß in dem Gebiet, in dem die Arbeitsstelle liegt, die reichsgerichtliche Kranken- und Invaliditätsversicherung nicht besteht. Das schien den beiden Schachmeistern so bedenklich, daß sie die Unterzeichnung des Vertrages und den Antritt der Reise ablehnten. Beim Gewerbeamt klagten sie auf Schadenersatz für die Zeit, in der sie nach ihrer Einstellung durch **Habermann u. Gude** ohne Arbeit waren. Die Kläger beanspruchten für den Tag 15 M., das ist der ihnen für Polen zugesicherte Lohn. — Die Firma konnte keine Schadenersatzpflicht an. Ihr Vertreter sagte, die Einstellung würde erst durch den Arbeitsvertrag perfekt geworden sein, dessen Unterzeichnung die Kläger ablehnten. Ein Arbeitsverhältnis, aus dem die Kläger Forderungen herleiten könnten, habe noch nicht bestanden, es könne auch nicht eber abgeschlossen werden, als bis sich die Arbeiter Pässe und Paßierscheine besorgt hätten. Zu diesem Zweck habe die Firma den Klägern eine Bescheinigung erteilt, daß sie für Polen eingestellt seien. Durch diese Bescheinigung sei noch kein Arbeitsverhältnis abgeschlossen. — Die Kläger meinten dagegen, es könne ihnen doch nicht zugemutet werden, auf ihre Kosten die für Besorgung des Passes und Paßierscheins erforderliche Zeit aufzuwenden. Dies geschähe doch im Interesse der Firma. Sie seien tatsächlich eingestellt worden und hätten vom Tage der Einstellung ab ihren Lohn zu beanspruchen.

Wenn ihnen gleich gesagt worden wäre, daß die Kranken- und Invaliditätsversicherung wegfalle, dann würden sie sich nicht haben einstellen lassen. Die Firma habe ein Verschulden begangen, indem sie diesen Umstand verschwiege.

Der Vertreter der Firma erklärte sich nach längeren Verhandlungen bereit, jedem der Kläger im Vergleichswege 30 M. zu zahlen. Der Vorsitzende riet zur Annahme des Vergleichs, da bei einem Urteil auch nicht mehr für die Kläger herauskommen würde. — Schließlich kam der Vergleich dahin zustande, daß jeder der Kläger 35 M. erhält.

Eine späte Berichtigung.

Es wird uns unter Bezugnahme auf das Briefgesetz geschrieben: In der erst heute zu unserer Kenntnis gelangten Ausgabe des „Vorwärts“ vom 20. September 1918 bringen Sie in dem Artikel „Gewerkschaftliches“ mit der Überschrift „Gegen das Koalitionsrecht“ eine unsere Firma betreffende Mitteilung, die in der allgemein gehaltenen Fassung nicht den Tatsachen entspricht und der Richtigstellung bedarf.

Wir bekämpfen in keiner Weise das Koalitionsrecht unserer Angestellten und unsere Fragebogen, die zur Beantwortung an Bewerber gesandt werden, enthalten nachweisbar keine diesbezüglichen Fragen.

Der anzugehore Fall betrifft einen von uns wegen dringenden Personalmangels eingestellten Techniker, der wegen Unruheinstellung unter den Angestellten häufig die Stellung wechseln mußte und die Veranlassung gab, daß bei einer bekannten Flugzeugfirma etwa 16 Angestellte entlassen werden mußten infolge entstandener Mißhelligkeiten mit der Direktion, die durch seine Agitation hervorgerufen worden waren. Daß in dieser ersten Kriegszeit derartige Betriebsstörungen unter allen Umständen vermieden werden müssen, bedarf keiner besonderen Erwähnung. Weil uns die Charaktereigenschaften des Betroffenen genügend bekannt waren, haben wir nach ernstlichem Vorhalt bei der Einstellung, gewissermaßen als Bürgschaft für sein ruhiges Verhalten, den erwähnten Vorbehalt in das Anstellungsschreiben aufgenommen. Schon nach wenigen Wochen mußten wir den Herrn wegen fortgesetzter großer Unpünktlichkeit wieder entlassen.

Dieser einzige Ausnahmefall kann unsererseits durch Namensnennung einwandfrei nachgewiesen werden. Die Behauptung, unseren Angestellten durch Konkurrenzklausele einen Stellenwechsel zu unterbinden, ist unzutreffend.

Luft-Fahrzeug-Ges. m. b. H., Abteilung Flugzeugbau.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag. Zeitweiliger, jedoch ziemlich kalt und vorherrschend wolfig oder neblig, keine erheblichen Niederschläge.

A. WERTHEIM

* Nichtbezugscheinpflichtig

Schürzen Tändel-Schürzen

- *Batist gestreift, mit Stickerel 1.45
- *Batist gestreift, mit Stickerel-Ein- und -Ansatz 1.85
- *Mull gepunkt, mit Stickerel 2.95

Tändel-Trägerschürzen

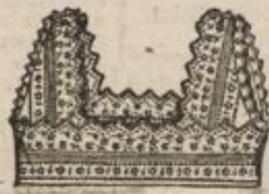
- *Mull gepunkt, mit Stickerel 2.10
- *Batist gestreift, mit Stickerel 2.75
- *Batist gemustert, mit Stickerel . . . 3.10

Bedienungs-Schürzen

- Linon weiß, m. Hohlsaum, spitze Form 2.25
- Linon weiß, m. Hohlsaum, grade Form 2.60
- *Batist weiß, mit Stickerel-Einsatz . 2.95

Blusenschürzen Wiener Form

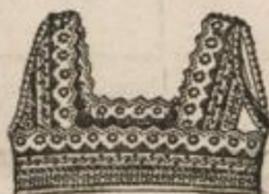
- Kretonn dunkelgestreift, bunt besetzt 4.75
- Krepp schwarz-weiß, mit farbigem Paspel 5.75
- Satin türkisch gemustert 5.65
- *Farbige Zierschürzen in verschiedenen Ausführungen 95 Pf.



2.85



4.25



2.85

Fertige Stickerei-Passen für Damenhemden

Handtücher

- Gerstenkorn-Handtücher gesäumt, Größe ca. 50/100 cm, Dtz 11.00
- Gerstenkorn-Handtücher mit Hohlsaum, Gr. ca. 52/100 cm, Dtz 12.75
- Drell-Handtücher gesäumt, Größe ca. 48/110 cm Dtz 12.00 13.00
- Jacquard-Handtücher gesäumt, Reinleinen, Gr. ca. 48/110, Dtz 13.50
- Jacquard-Handtücher gesäumt, Größe ca. 45/110 cm, Dtz 16.00
- *Einzelne Hand- und Wischtücher bis 1 Mark das Stück sind nicht bezugscheinpflichtig.
- *Jacquard-Frühstückstücher Reinlein, gebleicht, Gr. ca. 130/160, Stck. 5.25
- *Jacquard-Mundtücher halbgelärt, Größe ca. 72/72 cm . . Dtz 11.50

- *Jacquard-Mundtücher mit Fransen Dtz 3.00
- *Jacquard-Mundtücher gebleicht, Gr. ca. 60/60 cm, Dtz 6.40 9.00
- *Hohlsaum-Tischtücher, *Kaffeegedecke, *Abenddecken in verschiedenen Größen und Preisen
- *Spitzendecken mit Einsatz und Spitze und Eck-Motiven, Größe ca. 60/60 cm Stück 1.00
- *Spitzendecken mit Einsatz und Spitze u. Mittelgarn, Gr. 60/60, Stück 80 Pf.
- *Spitzendecken m. Eins. u. Spitze u. reich Locharbeit, Gr. 60/60, Stck. 3.25
- *Spitzenläufer m. Eins. u. Spitze u. reich Locharbeit, Gr. 33/120, Stck. 3.25

* Nichtbezugscheinpflichtig

Weißwaren

- *Fichu aus Tüll mit Rüsche, weiß und ecru 1.35
- *Fichu aus Tüll mit breiter Spitze und gezogenem Stuartkragen, weiß und ecru. 3.25
- *Fichu aus Tüll mit gestickter Spitze und gehäkelten Knöpfen, weiß und ecru 3.90
- *Blusenkragen aus gepunktem Mull mit Spitzenansatz 95 Pf.
- *Blusenkragen aus doppeltem Tüll mit Rüsche, weiß 1.50
- *Blusenkragen aus Mull mit gebranntem Plissee 1.65

Regenschirme

- *Damen- oder Herren-Schirme halbseiden Surah mit Futteral 9.00 11.50
- *Damen- oder Herren-Schirme Seide mit Futteral extra dünn 11.50 12.75
- *Damen-Schirme farbig, Seide mit Futteral 13.50
- *Damen-Schirme Seide, Malakrohrgriff 13:75

* Damen-Handschuhe 3 Paar im Karton:

- Glacé 5.55 7.05 7.50 8.70
- Schwedenstepper 8.70
- Nappastepper 11.70

- Haff-Zander Pfund 3.50
- Seezungen Pfund 4.50
- Tarbutten Pfund 2.90
- Salzfische Pfund 1.80
- Feinste Seefische zu Tagespreisen
- Feinste Seemuschele n 5 Pfd. von 75 Pf. an 10 Pfd. von 1.45 an
- Sprottbücklinge 1/4 Pfund 50 Pf.
- Bücklinge von 25 Pf. an
- Räucherheringe Stück von 75 Pf. an
- Kiste von 100 Stück Inhalt 74.00
- Räucheraale Pfund von 8.50 an
- Rauchfisch Pfund 2.60

Nur Donnerstag solange Vorrat!

Lebensmittel

- Fischbrühwurst Pfund 3.40
- Muschelfleisch in Gelee . . . Pfund 1.60
- 4-Liter-Dose 9.10
- Reines Muschelfleisch gekocht und gesalzen Pfund 1.50
- Schellfisch in Gelee Pfund 3.20
- 4-Liter-Dose 19.00
- Sardellen Pfund 6.00

- Anchovis Pfund 2.40
- Saure Gurken Stück von 20 Pf. an
- Gänse, Enten zu Tagespreisen
- Ausgeschl. Gänsefleisch Pfd. von 4.50 an
- Gänse-Pökelfleisch . . Pfund von 4.50 an
- Geräucherte Gänsebrust und -Keule
- Gänseleber, Gänseklein, Gänsefett

Dorsch-Rogen Ersatz für Fleisch, gebraten und für Suppen zu verwenden Pfund 2.60

- Grünkohl Pfd. 17 Pf. | Spinat . Pfd. 32 Pf.
- Rosenkohl Pfund 68 Pf.
- Schwarzwurzeln Pfund 55 Pf.
- Sellerieknollen Pfund 30 Pf.
- Rettiche Stück 8 und 13 Pf.
- Porree Stück 8 und 10 Pf.
- Zwiebeln Pfund 16 Pf.
- Märkische Rübchen Pfund 42 Pf.
- Schnittlauchtöpfe Stück 80 Pf.
- Tafel-Aepfel Pfund 75 90 Pf.
- Zitronen Dutzend von 75 Pf. an
- Datteln und Feigen

Nächsten Sonntag von 12 Uhr an geöffnet

Die Ereignisse vom 11. bis 18. Dezember.

Von Richard Gädle.

Die verhältnismäßige Ruhe, die an der Somme seit dem letzten Drittel des November herrscht, hat bis zum heutigen Tage angehalten. Zum Teil mag sie aus der schlechten Witterung herborgehen, die in der Tat rasche Angriffsbewegungen erschwert und den stürmenden Gegner um so länger der vernichtenden Wirkung unseres Sperrfeuers aussetzt. Der Hauptsache nach aber ist sie doch wohl eine Folge der Erschöpfung, in der sich die gegnerischen Angriffsmittel zur Zeit befinden. Der riesige Verbrauch an Munition muß ersetzt werden und die Tätigkeit der deutschen U-Boote wird diesen Ersatz erschweren. Schlimmer ist der gewaltige Menschenverbrauch. Von zuständiger militärischer Stelle wird die blutige Einbuße der Engländer während der Somme-Schlacht vom 1. Juli bis 30. November auf 550 000 Mann, die der Franzosen auf 250 000 Mann berechnet, während die untrübe weit unter einer halben Million beträgt. Das sind sicher fürchterliche Zahlen, die alles übertreffen, was vor diesem Kriege die düsterste Phantasie sich ausmalen konnte und die in der gesamten Geschichte des Menschengeschlechts bisher auch nicht annähernd erreicht wurden. Allerdings drängten die Verluste der früheren großen Schlachten sich in eine weit kürzere Zeitspanne von Stunden oder höchstens von Tagen zusammen. Indessen sind jene vorsichtig berechneten Angaben wahrscheinlich noch zu niedrig, und sie umfassen vor allen Dingen nicht die Einbuße an farbigen Franzosen und Engländern, die mit Vorliebe in die vorderste Reihe der Sturmtruppen gestellt wurden. Sie waren unseren Gegnern nichts als Kanonenfutter, billiges Menschenfleisch für den Kochtopf der Schlacht!

So ergibt die Berechnung, daß Franzosen und Engländer in den Kämpfen dieses Sommers und Herbstes wenigstens 800 000 Mann mehr verloren haben als wir, wie ihnen bereits die Verdunsschlacht 200 000 Mann mehr gekostet hatte. Nehmen wir hinzu, daß 76 vom Hundert unserer Verbundenen kriegsfähig wiederhergestellt werden, während die ärztliche Kunst und Fürsorge unserer Gegner weit geringere Triumphe feiert, so haben wir auf dem Gebiete der Verluste einen der Gründe, die unserer geringen Volkszahl den dauernden sieghaften Kampf gegen die Uebermacht gestatten. Der andere Grund liegt darin, daß die größere Kampfkraft der deutschen Truppen den Erfolg auch einer Minderezahl gewährleistet, und dazu kommt dann schließlich die überlegene, straffere, einheitliche Heeresleitung der Mittelmächte.

Sollten daher unsere Gegner die ihnen hochherzig entgegen gestreckte Friedenshand nicht ergreifen wollen, so dürfen wir — mit Sämerz zwar über die nutzlose Vermehrung der Opfer und die Steigerung der Leiden dieses Krieges — strategisch und politisch aber mit voller Zuversicht dem Weitergange des Krieges entgegensehen.

Vielleicht um die Aufmerksamkeit des kriegsmüden französischen Volkes von dem unbefriedigenden Ausgange der Somme-Schlacht abzulenken, haben die Franzosen ein Zwischenstück gegen Verdun eingelegt. Es war unzweifelhaft das Werk des neuen Generalissimus der Nord- und Ostfronten, des General Rivelle, noch in seiner Eigenschaft als Führer der Armeen von Verdun, Sorgsam und vorsichtig vorbereitet, mit großer Tapferkeit durchgeführt, hat es dem Gegner am 15. Dezember, ebenso wie das ähnliche Unternehmen des 24. Oktober, einen Erfolg gebracht, den wir gerechterweise nicht verkleinern dürfen.

Man hat den Angriff einen politischen Streich mit Rücksicht auf unser Friedensangebot genannt. Das ist schwerlich zutreffend, da das französische Trommelfeuer bereits am 12. Dezember begann, während das Unternehmen selbst von langer Hand eingeleitet war. Aber seine Wirkung mag

inmerhin die sein, den Friedenswillen weiterer Bevölkerungskreise noch einmal zu durchkreuzen.

Damit ist dann aber auch die Tragweite des französischen Erfolges begrenzt. Die kriegerische Gesamtlage hat er nicht beeinflusst noch geändert.

Wohl aber werden wir nach den Umständen, die zur Ersetzung des General Joffre durch Rivelle führten, erwarten müssen, daß nunmehr im Verein mit dem Engländer Lloyd George alle Kräfte beider Staaten angespannt werden, um einen lebhafteren Gang des Krieges im Westen hervorzurufen. Durch einen großen Schlag den nur widerwillig ertragenen Stellungskrieg in einen Bewegungskrieg umzuwandeln, der allein die Entscheidung bringen kann, das ist doch wohl die gebieterische Aufgabe, die dem neuen Oberbefehlshaber bei seinem Amtsantritte gestellt worden ist. Es scheint, als ob man in ihm den willensstärksten Führer gefunden zu haben glaubt, über den Frankreich zurzeit verfügt.

Die größere Unruhe, die seit einiger Zeit in der feindlichen Front herrscht, kann auf tastende Versuche unserer Gegner gedeutet werden, Truppenverteilungen, Stärke und Schwäche unserer Stellungen besser noch als bisher zu erkennen, in unserer Führung Unsicherheit hervorzurufen und sie über Ziel und Umfang eines neuen Angriffsunternehmens nach Möglichkeit zu täuschen.

Inzwischen geht aber die deutsche Verfolgung in Rumänien glanzvoll und unbelirrt weiter. 70 000 Quadratkilometer des feindlichen Landes sind nunmehr in der Hand unseres Heeres, während der Rückzug der Reste des rumänischen Heeres und der russischen Unterstützungskräfte auch heute noch kein Ende gefunden hat. Die vorbereitete Stellung nördlich der Jalomita mußte nach kurzen Nachhutgefechten geräumt werden, und auch der 60 Kilometer nördlich fliehende Bugen bot den zurückflutenden Massen keinen Halt mehr. Unsere Truppen nähern sich nunmehr der Linie des Sereth und den ständigen Festungswerken von Galaz, Komalofa und Jocsani, die einst zur Verteidigung gegen Rußland, mit ostwärts gefehrter Front erbaut worden sind.

Dieser Erfolg hat sofort zurückgewirkt auf die in der Nordobrubtscha stehenden Truppen der 11. russischen Armee des General Saharow, die über das Mündungsgebiet der unteren Donau auf das linke Stromufer zurückgegangen sind und sich damit einstweilen in Sicherheit gebracht haben. Das bedeutet mindestens den einstweiligen Verzicht auf jeden Angriffsgedanken auf der Balkanhalbinsel.

Bergeblieb haben nach wie vor die 8. und 9. russische Armee, unterstützt durch die rumänische Armee, den Karpathenwall bestürmt, hinter dem der Verteidigungsschlügel der verbündeten Heere unter dem Generalobersten v. Koebov und v. Arz die Angriffsunternehmungen des Feldmarschalls v. Mackensen gegen jede Plänen- und Rückenbedrohung gesichert hat. Der Gegner hat weiter nichts erreicht, als die Höhe seiner an sich riesenhaften Verluste zu vermehren, die während des Sommers und Herbstes dieses Jahres auf 1 1/2 bis 2 Millionen Mann geschätzt werden und für die ganze Kriegsdauer bereits auf über 8 Millionen zu veranschlagen sind. Auch Rußland ist nicht imstande, solche Einbuße dauernd durch kriegstüchtige Mannschaften und vor allen Dingen durch brauchbare Offiziere wieder zu ersetzen.

Vergebens hat auch die Salonikiararmee ihre Entlastungsoperationen angetreten. Sie steht noch immer hart nördlich Monastir, das von deutschen Geschützen beherrscht wird, und hat am 10., 11. und 13. Dezember schwere Schläppen dort und weiter östlich an der Cerna erlitten. Seitdem hat sie ziemlich Ruhe gehalten und nur durch stärkeres oder schwächeres Geschützfeuer ihre Anwesenheit bekundet. Durch die Anwesenheit griechischer Truppen in Thessalien hinter ihrem Rücken fühlt sie sich anscheinend ernstlich bedroht und

besteht auf ihrem Abtransport in den Peloponnes. Nach großem Vertrauen in ihre eigene Stärke und nach großer Siegeszuversicht sieht das nicht gerade aus. (x)

Das Hilfsdienstgesetz.

Erste Sitzung des Reichstagsausschusses.

Der aus 15 Mitgliedern bestehende Ausschuss des Reichstags zur Mitwirkung an dem Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst trat am Mittwoch unter dem Vorsitz des Abg. Gothein zu seiner ersten Sitzung zusammen. Unter den Kommissaren des Reichstags befanden sich die nationalliberalen Abgg. Schiffer und Jund, die also an den Verhandlungen als Vertreter des Bundesrats teilnahmen.

Dem Ausschuss lagen zur Beschlusfassung vom Bundesrat bereits angenommene

Ausführungsbestimmungen

vor, die auch vom Reichstagsausschuss mit unwesentlichen Abänderungen gutgeheißen wurden. § 1 der Bestimmung lautet: „Das Kriegsamt errichtet die nach § 6 des Gesetzes beim Kriegsamt einzurichtende Zentralstelle sowie die nach den §§ 4 und 9 zu bildenden Ausschüsse und bestimmt Bezirk und Sitz dieser Ausschüsse. In Bayern, Sachsen und Württemberg bildet das Kriegsministerium im Einvernehmen mit dem Kriegsamt die Ausschüsse und bestimmt ihren Bezirk und Sitz.“

Die weiteren Ausführungsbestimmungen befehlen, daß für die Offiziere und Beamten in Unterzentralstellen und in den Ausschüssen mindestens je ein Stellvertreter, für die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Zentralstelle und in den Ausschüssen nach Bedarf Stellvertreter zu bestellen sind. Zu Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Zentralstelle und den Ausschüssen sowie zu Stellvertretern dürfen nur volljährige im Besitz der Ehrenrechte befindliche männliche Deutsche bestellt werden. Arbeitgeber und Arbeitnehmer dürfen die Besetzung nur ablehnen, wenn sie älter als 60 Jahre sind, mehr als 4 minderjährige eheliche Kinder haben, krank sind oder mehr als eine Vormundschaft oder Pflegschaft ausüben. Die Ablehnung kann mit Geldstrafe bis zu 500 M. belegt werden, ebenso kann das Fernbleiben ohne genügende Entschuldigung Strafe nach sich ziehen.

Die Arbeitnehmer haben dem Arbeitgeber jede Einberufung zur Sitzung rechtzeitig anzuzeigen. Das Fernbleiben gibt dem Arbeitgeber keinen wichtigen Grund, das Arbeitsverhältnis ohne Innehaltung einer Kündigungsfrist zu lösen. Die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer verwalten ihr Amt ehrenamtlich. Sie erhalten Tagelöhner in Höhe von 15 M. und den Ersatz der Eisenbahnfahrkosten II. Klasse. Den Arbeitgebern und ihren Angestellten ist es untersagt, die Vertreter der Arbeitnehmer in der Uebernahme oder Ausübung des Ehrenamts zu beschränken oder wegen der Uebernahme oder Art der Ausübung zu benachteiligen. Verstöße dagegen sind mit 200 M. Geldstrafe oder Haft bedroht.

Die Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind verpflichtet, über Geschäfts-, Betriebs- und Berufsgeheimnisse, die sie in ihrer Eigenschaft als Ausschussmitglieder erfahren, bei Androhung einer Geldstrafe von 3000 M. oder 3 Monaten Gefängnis, Amtsversetzung oder Verbannung, bei Verstoß, um den Inhaber eines Geschäfts, Betriebs oder Berufs zu schädigen oder sich oder anderen einen Vermögensvorteil zu verschaffen, kann mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft und mit einer Geldstrafe bis zu 10 000 M. belegt werden. Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein.

Vor Erlass von Entscheidungen sollen die Gemeindebehörden und nach Lage des Falls die zuständige amtliche Vertretung der Industrie und des Handels, des Handwerks, der Landwirtschaft oder anderer Berufsstände gehört werden; in geeigneten Fällen können auch Fachvereine gehört werden.

Im Ausschuss fand eine allgemeine Aussprache statt, aus der folgendes mitgeteilt sei:

An die Stilllegung von Betrieben wird vorläufig nicht gedacht. Es ist ein Ausschuss gebildet worden, der die in den einzelnen Industrien notwendigen Maßnahmen vorbereiten soll. Zwangsmassnahmen sollen vorläufig durchaus vermieden werden. Die notwendigen Eingriffe sollen vielmehr durch Vereinbarungen getroffen werden. Dagegen wird eine weitere, nicht unwesentliche Einschränkung des Personeneisenbahnverkehrs erfolgen, und zwar sollen die Personenzüge nach Möglichkeit vermindert werden.

Gesammelte Schriften von Marx und Engels.

Die englische Politik und die Balkanfrage.

Die Auffassungen großer Denker gehen, wie schon ein heute fast vergessener hervorragender Geschichtsphilosoph des 18. Jahrhunderts, Jakob Wegelin, wußte, zunächst sehr selten in ihrer Originalgestalt auf die Nachwelt über, sondern meist in vereinfachter, vulgärer Form. Besonders gilt das von politischen Gedanken, die in die große Masse eindringen. Denn immer stoßen sie in diesem Prozesse auf einen gewissen Beharrungsinn, auf alte Denkgewohnheiten und Denklieferungen der Kreise, innerhalb derer sie allmählich zur Geltung kommen, und nun entsteht zwischen den älteren und neuen Auffassungen eine Ideenkollision, ein Konflikt, in dessen Verlauf die neuen Ideen zwar mehr und mehr von jenen Kreisen ihrem Gedankenkomplex einverleibt werden, jedoch nicht in der originären Gestalt, in der sie der betreffende Denker selbst gefaßt und formuliert hatte, sondern in einer veränderten, der Vorstellungswelt der Menge angepaßten Form, denn nicht die Folgerichtigkeit oder Qualität der neuen Auffassungen entscheidet darüber, ob und wie sie Aufnahme finden, sondern, inwieweit sie dem Bewußtsein jener Kreise von ihren Bedürfnissen und Interessen entsprechen.

Deshalb erleiden die Originalideen auf ihrem Eroberungszug fast immer eine gewisse Anpassung an überlieferte Vorstellungen, eine Art Umbiegung; sie werden, wie Wegelin sich ausdrückt, „anatomisiert“ (in andere Gedankenkreise eingemündet). Was dabei zunächst herauskommt, ist eine Verbindung von alten und neuen Begriffen, eine Art von effektiver Synthese.

Wer die Ideengeschichte verfolgt, weiß, wie richtig hier das Vordringen neuer Auffassungen geschildert ist. Bereits die ersten Interpreten eines großen Denkers — ob Philosoph, Gesellschaftstheoretiker, Naturwissenschaftler usw. ist gleichgültig — nehmen gewöhnlich, indem sie naturgemäß von ihren überlieferten Vorstellungen ausgehen und die neuen Begriffe mit diesen in einen engeren oder weiteren Zusammenhang zu bringen suchen, solche Umbiegung und Anpassung vor, schon weil sie von vornherein die neuen Auffassungen unter einem bestimmten durch ihre bisherigen Denklieferungen gegebenen Gesichtswinkel sehen; und noch viel mehr werden gewöhnlich die Originalauffassungen umgebogen, wenn sie Gemeingut größerer Volkskreise werden, denn um solches Gemeingut werden zu können, müssen sie ihrer subtilen, bedingten Fassung entkleidet werden und eine dem Durchschnittsverständnis angepaßte, einleuchtende Form, man kann in gewissem Sinne sagen: eine Schlagwortähnliche Fassung erhalten. Erst später, nachdem die Periode der eigentlichen Popularisierung vorüber ist, tritt gewöhnlich eine gewisse kritische Nachprüfung und Reinigung, eine Rückkehr zu den Originalauffassungen ein.

Diesem Schicksal, nach seinem Tode alsbald vulgarisiert zu werden, ist, wie so viele andere Denker, auch Karl Marx nicht entgangen. Schon zu seinen Lebzeiten hat er sich oft gegen seine Ausleger wenden müssen. Bekannt ist, wie er selbst über die französischen „Marxisten“ spottete. Besonders aber hat sich in Deutschland und Rußland in den letzten Jahrzehnten zugleich mit der Ausbreitung der Marx'schen Lehre eine Vulgarisierung seiner Auffassungen, ein Vulgärmarxismus entwickelt, über den Marx, wenn er ihn noch selbst erlebt hätte, wahrscheinlich nicht viel milder geurteilt haben würde, wie einst über den Dühringianismus und den seltsamen wissenschaftlichen Sozialismus der Schaberg'schen „Zukunft“. Wie weit dieser Vulgärmarxismus bereits vor dem jetzigen Weltkriege gediehen war, beweist zur Genüge die völlige theoretische Verwirrung, die alsbald nach Kriegsausbruch in der deutschen Sozialdemokratie eingegriffen ist und dazu geführt hat, daß heute die abweichendsten Auffassungen „marxistisch“ begründet werden: eine „Krise des Marxismus“, die nur aus ihm selbst heraus durch Zurückgehen auf die Marx'schen Originalauffassungen überwunden werden kann.

Es verdient deshalb entschiedene Anerkennung, daß der H. S. W. Dieckhoff Verlag in Stuttgart trotz der ungünstigen Zeitverhältnisse (soeben zwei neue Bände älterer Artikel und Aufsätze von Marx und Engels herausgibt, die manches dazu beitragen vermögen, die Auffassungen über Marx als Soziologen und Politiker zu klären und den sich immer anpruchsvoller blühenden Vulgärmarxismus zu korrigieren. Freilich eigentliche theoretische Darlegungen enthalten diese beiden Bände nicht; was sie bieten, ist eine Reihe von Zeitungsartikeln, die Marx und Engels während der Jahre 1852 bis 1856 für die „New York Tribune“, die „Neue Oder-Zeitung“ in Breslau und für das von Ernest Jones redigierte Blatt

des englischen Chartismus, das „People's Paper“, geschrieben haben. Aber insofern, als Marx und Engels bei der Beurteilung der sich vor ihren Augen abspielenden politischen und wirtschaftlichen Vorgänge jener Zeit natürlich von ihren theoretischen Grundanschauungen ausgingen, haben diese Artikel innerhalb gewisser Grenzen auch eine theoretische Bedeutung. Sie sind gewissermaßen Anwendungen der Marx'schen Lehre auf bestimmte Zeitprobleme und zeigen, wie beide auf Grund ihrer Entwicklungsauffassung die damaligen Weltereignisse sahen und verstanden.

Zumeist betreffen diese Artikel das politische und wirtschaftliche Leben Englands — selbstverständlich, denn von London aus für ein deutsches und amerikanisches Lesepublikum geschrieben, waren sie dazu bestimmt, in diesem das Verständnis für die politischen Eigenheiten Englands zu wecken und über die dortigen Begebenheiten zu unterrichten. Nach dem Ausbruch des russisch-türkischen Krieges im Jahre 1853, besonders aber nach dem Abschluß des Bündnisses der Westmächte mit der Türkei im März 1854, nimmt jedoch in diesen Briefen die Darstellung der Balkanverhältnisse, der russischen Balkanpolitik und der Rückwirkung der Kriegslage auf die innere und äußere Politik Englands, die Kritik des britischen Armeewesens und der Kriegführung einen immer breiteren Raum ein. Und diesen Artikeln über den Krieg reihen sich andere über den Panlawismus, über die Stellung Preußens und Oesterreichs zum Krimkriege, über die spanische Revolution usw. an.

Der größte Teil dieser Artikel war bisher völlig unbekannt — verloren und vergessen. Einen kleineren Teil, und zwar die meisten Artikel der „New Yorker Tribune“ über die orientalische Frage und den Krimkrieg sowie die Artikel des „People's Paper“ über Lord Palmerston, hat freilich schon früher Frau Eleanor Marx-Aveling, eine Tochter von Marx, neu gesammelt und herausgegeben unter den Titeln „The Eastern Question. A Reprint of letters written 1853—1856 dealing with the events of the Crimean War by Karl Marx“ (Die östliche Frage. Ein Wiederabdruck von Briefen über die Vorgänge des Krimkrieges, geschrieben 1853 bis 1856 von Karl Marx), London 1897, und ferner „The story of the life of Lord Palmerston by Karl Marx“ (Lebensgeschichte des Lord Palmerston von Karl Marx), London 1899. Doch enthält die „Eastern Question“, wie Kjasanoff durch sorgfältige Nachforschung festgestellt hat, verschiedene Briefe, die nicht von Marx herrühren, während andererseits in dieser Sammlung manche wichtigen Artikel fehlen.

*) Gesammelte Schriften von Karl Marx und Friedrich Engels, 1852—1856. Herausgegeben von R. Marasoff. 2 Bände (weitere Bände folgen später). Verlag von H. S. W. Dieckhoff, G. m. b. H., Stuttgart 1917, Preis pro Band broschiert 8 M., gebunden 9,25 M.

Wagenmangel.

Der Wagenmangel ist eine typische Erscheinung des Herbstverkehrs. Es ist ein beklagenswerter Fehler aus der Friedenszeit, daß die deutschen Eisenbahnverwaltungen ihren Wagenpark auf den Durchschnittsverkehr zugeschnitten haben, anstatt auf die Hochflut des Herbstverkehrs. Sie nahmen lieber die Unannehmlichkeiten und Einnahmehausfälle eines alljährlich wiederkehrenden Wagenmangels in Kauf, um so nicht während der ruhigeren Zeiten des Jahres totes Material hinterstellen zu müssen. Diese Rechnung mag ja für die Eisenbahnen an sich als Geschäftsunternehmungen ganz richtig sein, sie erweist sich aber als unrichtig, wenn man die Staatseisenbahnen vor allem als wichtigsten Faktor zur Belebung unseres Volkswirtschaftslebens ansieht. Dann muß man es entschieden verurteilen, wenn die Eisenbahnverwaltungen lediglich aus dem kurzfristigen Geschäftsprinzip heraus ihr Wagenmaterial knapp halten und dadurch große Industrieanlagen auf Monate halb lahmlegen und ein großes Maß von Unsicherheit über die Herbstzeit in unser Wirtschaftsleben hineintragen.

Die Sache ist zwar nicht so, daß allein die Größe des Wagenparks den Umfang des jährlich wiederkehrenden Wagenmangels bestimmt. Mitbestimmend sind hier noch andere Faktoren, wie der Ausbau des Schienennetzes, die Anlage der Verschubbahnhöfe als auch die Art und Weise der Wagenverteilung. Der Wagenmangel nimmt gewöhnlich seinen Ausgang auf den großen Verschubbahnhöfen in der Nähe der Kohlen- und Eisenindustrien oder der großen Hafenumschlagplätze. Die Masse des einlaufenden Leermaterials staut sich mit der des beladenen Materials. Gerade zur Herbstzeit, der Zeit des stärksten Güterverkehrs erschweren ungünstige Witterungsverhältnisse, wie kalter Nord- und Ostwind, Nebel, Glätteis usw. die Rangiergeschäfte. Stehen nun zur Befehung solcher zunächst nur örtlichen Störungen großzügig angelegte Gleisanlagen zur Verfügung, dann greifen die Schwierigkeiten nicht auf andere Verkehrsgegenden über, vorausgesetzt, daß sofort alle Maßnahmen ergriffen werden, um die Flut abzulenken. Schlimm aber wird die Sache, wenn diese Verschubbahnhöfe nur für verkehrsschwächere Zeiten ausgebaut sind oder wenn es an besonderen Güterzugsklinien fehlt, die in besonders verkehrsreichen Gegenden sogar viergleisig angelegt sein müssen. Es ist offenes Geheimnis, daß der Ausbau der Verschubbahnhöfe in Deutschland lange Zeit vernachlässigt wurde und daß auch die Anlage eines ausreichenden Schienennetzes nicht überall in dem Maße betrieben wurde, wie es die rasche Verkehrssteigerung der letzten Jahrzehnte erfordert hätte. Die Anlage monumentaler Personbahnhöfe mehr als Träger einer besonderen Baukunstperiode, denn als Verkehrsinstrument, wäre weniger dringend gewesen als der Ausbau von Verschubbahnhöfen und Güterzugsklinien, die zur Vetoältigung eines starken Herbstverkehrs und zur Vermeidung eines lang anhaltenden Wagenmangels gedient hätten.

All diese Dinge gewinnen im Kriege höhere Bedeutung. Industrie und Flotte brauchen ihre Kohle nötiger als je. Die Städte können mit ihrem Bedarf an Kohlen, Karstoffeln u. a. nicht zurecht kommen, bis der Winter dem starken Güterverkehr ein Ende setzt. Wenn der Privatgüterverkehr kaum etwas mehr als die Hälfte des Verkehrs der Friedensjahre beträgt, so wird dieser Umstand bei der Berechnung des Wagenmaterials wieder ausgeglichen durch den Ausfall an Wagen, die als Militärwagen eine wichtige Aufgabe zu erfüllen haben.

Wenn auch die Leistungsfähigkeit unserer Bahnen jetzt im Kriege die der französischen, italienischen und russischen Bahnen weit überragt, so ist es doch nicht gerade erhebend für unsere Eisenbahnverwaltungen, trotz Fälle an Kohlen in den Kohlenrevieren, in den Städten über Kohlenmangel Klagen zu hören, weil es hier doch an der Voraussicht und Großzügigkeit in der Friedenszeit gefehlt hat.

Reichskanzler berufenen Kommission zur Prüfung der Verträge über Kriegslieferungen mit einer Ansprache, in welcher er als wichtigste Aufgabe der Kommission die Erhaltung des Vertrauens in die Geschäftsfähigkeit und Ehrlichkeit der deutschen Beamenschaft nannte. Die Arbeiten der Kommission seien gegen diejenigen des Rechnungshofes dahin abzugrenzen, daß der Rechnungshof die Rechnungen, die Kommission die Verträge prüfe. Während des Krieges werde eine Einzelprüfung sämtlicher Verträge nicht möglich sein, vielleicht könnten Stichproben gemacht werden. In der Aussprache wurde gewünscht, daß Einzelfälle untersucht werden und über die Art der Prüfung von Kriegsrechnungen durch den Rechnungshof Mitteilung gemacht werde. Auch wurde auf die gewaltigen Preissteigerungen in der ersten Kriegszeit infolge der Staatsankäufe verwiesen und über die Verteilung der Aufträge auf die einzelnen Bundesstaaten gesprochen. Die Kommission beschloß, die Mitteilung der maßgebenden Grundzüge für den Abschluß von Lieferungsverträgen an der Hand schriftlicher Unterlagen zu verlangen, Einzelfälle, die in der Öffentlichkeit zu Bedenken und Unruhe Anlaß gegeben hätten, seien schriftlich von den Kommissionsmitgliedern dem Vorsitzenden mitzuteilen, der sie den zuständigen Dienststellen zur Prüfung und Feststellung des Tatbestandes zuleiten werde. Es ist klar, daß auf diese Weise zunächst nur ein minimaler Bruchteil der dem Reiche aus ungünstigen Lieferungsverträgen erwachsenen Schäden festgestellt werden kann.

Die preußische Diätenvorlage gefährdet.

Der Ausschuß des preußischen Abgeordnetenhauses hat die Regierungsvorlage über die Aufwandsentschädigung für Abgeordnete wesentlich abgeändert. Sie lautet, erscheint es nun aber zweifelhaft, ob die Regierung dem Gesetz in der veränderten Form zustimmen wird. Den nicht in Berlin wohnenden Abgeordneten soll nach den Kommissionsbeschlüssen ein Wohnungsgeld von 150 M. monatlich gewährt werden. Mit diesen Abänderungen sind vor allen Dingen auch die Konserbativen nicht einverstanden, und auch die Mehrheit der Freikonserbativen scheint sich ablehnend zu verhalten. Es kommt ferner hinzu, daß auch im Herrenhaus eine starke Strömung gegen die Vorlage vorhanden ist. Die Vorlage selbst soll am 20. Januar 1917 im Landtag verhandelt werden.

Die Reichstagsersatzwahl in Köln.

Das Zentrum hat endgültig beschlossen, seinen Anhängern Wahlenthaltung zu empfehlen, da der sozialdemokratische Kandidat Meerfeld seiner bisherigen Haltung nach den Kriegsnöwendigkeiten gegenüber zu der Annahme berechtigt, daß er die an den Reichstag herantretenden Anforderungen der Kriegsnöwendigkeiten positiv bewilligen werde. Die sozialdemokratische Partei und deren Kandidat ständen aber nach wie vor in grundsätzlicher Gegnerschaft zur Zentrumspartei.

Gegenüber böswilligen Angriffen einiger Winderheitsblätter stellt unser Kölner Parteiblatt noch einmal fest, daß die Bedingungen des Zentrums auf die Kandidatenfrage in Köln keinen Einfluß gehabt haben. Meerfeld war lange vor der Veröffentlichung der ersten Erklärung des Zentrums vom Parteivorstand und den Parteifunktionären als Kandidat nominiert. Auf die Zumutung, etwaige Bedingungen des Zentrums, die die Entschlußfreiheit unseres Kandidaten betreffen, anzunehmen, wäre unsere Partei niemals eingegangen, sondern hätte mit guten Aussichten einen Wahlkampf angenommen. Die Verdächtigungen, die von einigen Winderheitsblättern ausgeht, sind schon deshalb gegenstandslos, weil in Köln nur ein Winderheitskandidat in Frage kommen konnte. Die Winderheit ist in Köln in wirklich hoffnungsloser Winderheit. Der Duisburger „Kampf“ fordert seine Kölner Anhänger auf, am 5. Januar für Liebknecht einzutreten. Also eine Sonderkandidatur der Spartakusgruppe.

Es wird sich früh genug zeigen, was bei dieser „Protestwahl“ herauskommt.

Was so ist, das blutet so! Im Sachsen-Altenburger Landtag wurde ein sozialdemokratischer Antrag, bei Landtagswahlen gleichartige Stimmzettel auszugeben, mit Hilfe der Konserbativen abgelehnt. Auch gegen das Wahlverbot waren die Konserbativen, das wurde jedoch gegen sie durchgedrückt. Also doch ein Stück — „Reuorientierung“ in Sachsen-Altenburg! Aber langsam, langsam!

Und nicht nur die englische Verfassung, auch das Wahlgetriebe, die politische Unselbständigkeit der unteren englischen Volksklassen, die sich von den Berufspolitikern völlig ins Schlepptau nehmen lassen, das englische Parteiwesen, die parlamentarische Regierungsform finden scharfe Kritik. Abfälliger ist wohl selten eine englische Wahlbewegung mit ihren Bestechungen, Kneiptreiben, Trunkenheit und Roheiten gekennzeichnet worden, als in dem Artikel „Wahlkorruption“ der „New Yorker Tribune“ vom 4. September 1852. „Saturnalien im altrömischen Sinne des Wortes“ nennt Marx die englischen Parlamentswahlen. Und zwar gilt das nicht nur für die Wahl von 1852, sondern auch für die früheren.

Verfolgt man die Geschichte der britischen Wahlen um ein Jahrhundert oder länger zurück, so fühlt man sich versucht, zu fragen, nicht warum die Parlamente so schlecht waren, sondern wie sie es bei alledem fertig brachten, noch so gut zu sein und wenn auch nur undeutlich, die wirklichen Triebkräfte der englischen Gesellschaft widerzuspiegeln. Geradezu, wie auch oft Gegner des Repräsentativsystems erkannt sein müssen, wenn sie bedenken, daß legislative Körperschaften, in denen die abstrakte Mehrheit, der Zufall der bloßen Zahl ausschlaggebend ist, doch entscheidend der Notwendigkeit der Situation entsprechen und beschließen — das heißt wenigstens während der Dauer ihrer vollen Beweiskraft.

Nicht minder trifft die Marx-Engelsche Satire das englische Parteigetriebe. Und zwar werden nicht nur die Tories, Peeliten und Whigs spöttisch charakterisiert, diese „Tartüffes in der Politik“, die „gleich allen Amphibien sehr leicht zu existieren wissen, aber sehr schwer zu beschreiben sind“, sondern auch die neuen liberalen Vertreter der aufstrebenden englischen Mittelklasse, die Freihändler, Manchesterländer, Friedensschwärmer und Finanzreformer, die ganze heuchlerische „Manchesterbande“, die die Gesellschaft den Bedingungen der modernen Bourgeoisproduktion unterwerfen will und als höchsten Leitfaden den Grundsatz proklamiert: „Produziere so billig du kannst.“

Besonders wird der Pazifismus dieser radikal-liberalen Politiker verpöthet, als nach Ausbruch des russisch-türkischen Krieges die freihändlerischen Pazifisten sich gegen die Teilnahme Englands am Kriege wenden und Protestversammlungen abhalten. Marx ist kein Kriegsfanatiker und steht jenen Kriegsphilosophen, die in dem Krieg ein Regenerationsmittel der Menschheit sehen, so fern wie möglich, aber ebenso wenig hat er etwas für die englische Friedensschwärmerei übrig, die hauptsächlich der Ansicht entspringt: „England kann fremde Nationen billiger ausbeuten, wenn es im Frieden mit ihnen lebt!“

Während die Schnellzüge, besonders die der großen Verkehrslinien aufrecht erhalten bleiben sollen. Um die Eisenbahn zu entlasten, soll die Binnenschifffahrt mehr als bisher ausgenutzt und entsprechend auf jede Weise gefördert werden. Es ist Vorzugsgegenstand, daß die Transporte auf den kürzesten Linien erfolgen und die bisher oft vorgekommene Beförderung auf Umwegen vermieden wird. Das Hin- und Herfahren von Gütern soll aufhören, es soll sorgfältig geprüft werden, wie die Transporte möglichst auf die kürzesten nächsten Linien geworfen werden können. Güter, die in jetziger Zeit nicht unbedingt notwendig sind, sollen zurückgestellt werden. Man nannte als Beispiel hierfür u. a. die Beförderung von Klavieren; überhaupt bezieht sich diese Maßnahme auf alle Luxuswaren. Dagegen soll der Kohlentransport als besonders dringlich bevorzugt werden. Man will dabei aber die Vorräte, die die einzelnen Kohlenhändler haben, prüfen und zuerst sollen diejenigen berücksichtigt werden, deren Vorräte aufgebraucht sind oder zu Ende gehen. Alle Sorgfalt soll der Beförderung von landwirtschaftlichen Sachverständigen gewidmet werden. Um die landwirtschaftliche Produktion möglichst zu fördern, ist ein A. H. Männer-Ausschuß, der aus hervorragenden landwirtschaftlichen Sachverständigen besteht, gebildet worden. Weiter soll für ausreichende Befähigung der Munitionserbeiter, möglichst auch an der Arbeitsstelle geübt werden. Es sind bereits umfassende Vorkehrungen hierfür getroffen worden. Die Zivildienstpflichtigen sollen nicht nur in der Heimat verwendet werden, sondern auch in den Stappen. Man will dadurch die Rüstlichter gewinnen, Kräfte, die jetzt in den Stappen gebraucht werden, für die Front freizumachen.

Ausdrücklich wurde betont, daß jezt freiwillige Meldungen für den Hilfsdienst keinen Zweck haben. Soweit ist die Sache noch nicht. Um diesen unnützen freiwilligen Meldungen zu steuern und Aufklärung in die Öffentlichkeit zu tragen, sollen alle öffentlichen Rechtsauskunftstellen und Arbeitersekretariate usw. mit den nötigen Anweisungen versehen werden. Schließlich sei noch erwähnt, daß die Zivildienstpflichtigen nicht dem Militärstrafgesetzbuch unterstehen, auch dann nicht, wenn sie Bahnen bewachen.

Nach fünfständiger Verhandlung war die Beratung beendet. Die nächste Sitzung wird erst im Januar stattfinden.

Politische Uebersicht.

Ungeklärte Verichterstattung.

Ueber das offiziöse Nachrichtenwesen und die großen Depeschbüros ist in diesem Kriege bei uns schon recht viel und nicht immer Günstiges geschrieben und geredet worden. Im Zusammenhang damit möchten wir auf einen Vorfall aus den letzten Tagen aufmerksam machen: Ueber die Hilfsdiensttagung der vereinigten Gewerkschaften aller Richtungen hat das W. Z. W. zunächst nur die Rede Dr. Heffersich berichtet, und zwar so rasch, daß man die um 11 Uhr gehaltene Rede schon in einer Mittagszeitung lesen konnte. Ob W. Z. W. dann noch mehr über den Kongress gemeldet hat, ist für Deutschland ziemlich gleichgültig, weil die deutsche Presse durch eine Reihe von Korrespondenzen unterrichtet wurde. Tatsache ist aber, daß das mit W. Z. W. zusammenarbeitende Wiener K. K. Telegr.-Bureau weiter nichts gebracht hat, als die Heffersische Rede, und es ist danach anzunehmen, daß auch im übrigen Ausland die Logung damit abgetan wurde. Hierdurch entstand aber ein ganz falsches Bild. Die Rede des Staatssekretärs war im großen und ganzen eine nochmalige Begründung des Hilfsdienstgesetzes und ein Appell an die gleichzeitig dankbar anerkannte Mitarbeit der Gewerkschaften an der Landesverteidigung; die Logung aber galt der Vorbereitung der praktischen Arbeit und der Aufstellung gewisser Forderungen. Die Heffersische Rede für sich allein konnte den Eindruck eines Hilferufs erwecken, während die Versammlung ihren dauernden Wert nicht von dieser Rede, sondern davon erhält, daß hier zum erstenmal die Gewerkschaften aller Richtungen unter Ausschaltung der Selben und in Gemeinschaft mit der Reichsregierung und dem Kriegsamte berieten.

Wie die offiziöse Verichterstattung wirkte, mag man daraus erkennen, daß sie der „Wiener Arbeiter-Zeitung“ den Eindruck machte, als habe sich Dr. Heffersich ein paar Gewerkschaftler eingeladen und ihnen einen Vortrag gehalten.

Lieferungsprüfungen.

Der Staatssekretär des Innern Dr. Heffersich eröffnete die am Mittwoch abgehaltene erste Sitzung der vom

I. März über die englische Politik der Jahre 1852—1856.

Englands politisches Leben erfährt von Marx und Engels die schärfste Kritik. Wer aus der Vorliebe für englische Lebensformen und englische Staatsinstitutionen, die wir bei so manchem der heutigen Marx-Epigonen finden, den Schluß zieht, auch Marx hätte sich vom englischen Leben und dem englischen „Cant“ einfangen lassen, wird sich durch die vorliegenden gesammelten Artikel eines Besseren belehrt finden. Wohl geben beide, Marx wie Engels, zu, daß England damals wirtschaftlich und technisch den europäischen Kontinent überholt hatte, und doch auch seine Verfassung einzelne demokratische Züge aufweist, aber den Grundzug des öffentlichen englischen Lebens erkennen beide als konservativ. Festhalten am Ueberliefereten ist nach ihrer Ansicht ein hervorsteckender Charakterzug englischen Wesens. Soweit aber alte staatliche Einrichtungen nicht mehr haltbar sind, werden diese nicht abgebrochen, sondern ihnen neue Plüden aufgelegt und sie solange wie möglich konserviert. Selbst der englische Demokratismus ist ein recht eigenartiges Gewächs mit reaktionären Trieben. Die vielgerühmte britische Konstitution wird denn auch in den Marx-Engelschen Briefen recht abfällig beurteilt. So heißt es beispielsweise in einem Artikel vom 2. März 1855 in der „Neuen Ober-Zeitung“ (2. Bd. S. 166):

„Aber was ist diese britische Konstitution? Besteht ihr Wesen in der Repräsentativverfassung und der Beschränkung der Exekutivgewalt? Diese Merkmale unterscheiden sie weder von der Konstitution der Vereinigten Staaten von Nordamerika noch von der Konstitution der unglücklichen englischen Aktiengesellschaften, der ihr „Geschäft“ verstehen. Die britische Konstitution ist in der Tat nur ein verzerrtes, überlebtes, veraltetes Kompromiß zwischen der nicht offiziell, aber faktisch in allen entscheidenden Sphären der bürgerlichen Gesellschaft herrschenden Bourgeoisie und der offiziell regierenden Grundaristokratie. Ursprünglich nach der „glorreichen“ Revolution von 1688 war nur eine Sektion in der Bourgeoisie — die Finanzaristokratie — in das Kompromiß eingegliedert. Die Reformbill von 1831 ließ eine andere Sektion zu, die Millocrach, wie die Engländer sie nennen, das heißt die Großwärdenträger der industriellen Bourgeoisie. Die Geschichte der Gesetzgebung seit 1831 ist die Geschichte der Konzeptionen, die an die industrielle Bourgeoisie gemacht worden sind, von der neuen Armenhausakte bis zum Widerruf der Korngesetze und vom Widerruf der Korngesetze bis zur Sukzessionssteuer auf den Grundbesitz. Wenn die Bourgeoisie — selbst nur die höchste Schicht der Mittelklassen — so im allgemeinen als die herrschende Klasse auch politisch anerkannt wurde, so geschah dies indessen nur auf eine Bedingung hin, auf die Bedingung, daß das gesamte Regierungswesen in allen seinen Details, selbst das exekutive Departement der gesetzgebenden Gewalt, das heißt das eigentliche Geschwämme in beiden Häusern des Parlaments, der Grundaristokratie gesichert bleibe.“

Mit jenem leichtem englischen Pazifismus, den auch so manche Marxinterpreten übernommen haben, hat Marx nicht das Geringste zu tun. Er kannte die menschheitliche Entwicklungsgeschichte zu genau, um nicht zu wissen, welche Rolle der Krieg oft als Entwicklungsfaktor in dieser Geschichte gespielt hat. Der sentimentalischen Friedensschwärmerei der Manchester Schule stellt er die Tatsache gegenüber, daß gerade diese englischen Friedensfreunde am wenigsten für Arbeiterschuttsgehe und das Verbot der Kinderarbeit in den Fabriken zu haben wären. So heißt es in einem Artikel der „Neuen Ober-Zeitung“ vom 20. Januar 1855 (II. Band, S. 34): „Wir werden Herrn Cobden in einigen Tagen zu Leeds hören, protestierend gegen das wechselseitige Abschließen von Christenmenschen. Wir werden ihn in einigen Wochen im Parlament hören, protestierend gegen die „Restriktionen“, die den zu raschen Konsum von Menschenkindern in den Fabriken hemmen. Hält er von allen Geldentaten nur eine für berechtigt, die des Herodes?“

Neben solchen Kritiken des politischen Lebens Englands nehmen wir schon erwähnt, in den Briefen die Schilderung der Kriegsunruhen, die Verhandlungen der Regierungen über militärische Maßnahmen, die Charakterisierung der englischen Auslandspolitik und des englischen Militärwesens einen breiten Raum ein. Weist sind diese Artikel — die strengtischen wohl sämtlich — von Engels geschrieben, der sich auch hier als sachverständiger Kriegswissenschaftler zeigt und im voraus verschiedene der später eintretenden Katastrophen als notwendige Folge taktischer Fehlschläge erkennt. Manche dieser Artikel sind noch heute interessant, besonders die Kritiken der englischen Kriegsverwaltung und der Armeeeinrichtungen.

Es ist unmöglich, in einem kurzen Zeitungsartikel auch nur auf die wichtigsten dieser Marx-Engels-Briefe einzugehen. Obige Hinweise müssen genügen. Sah Marx einerseits in England das wirtschaftlich entwickelte Land Europas, so andererseits auch das Land, wo kapitalistische Selbstsucht und Heuchelei ihre schönste Entfaltung gefunden hatten. — Und selbst die weltwirtschaftliche Entwicklung Englands, sein Weltkapitalmonopol, betrachtet Marx wohl als einen Vorteil für die aufstrebende englische Bourgeoisie, zugleich aber auch als einen die kapitalistische Entwicklung Deutschlands, Frankreichs und Italiens hemmenden, antirevolutionären Faktor, der deren Bourgeoisie gewissermaßen zu Proletariern gegenüber der englischen Bourgeoisie herabdrückt.

Heinrich Cunow.

(Ein zweiter Artikel folgt.)

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Die Mittwoch-Börse nahm die entscheidenden Neben der feindlichen Staatsmänner mit großer Ruhe auf. Bei kleinem Geschäft stiegen die Kurse der Rüstungswerte. Eine eigentliche Kaufbewegung ist darin nicht zu erblicken. Die Spekulation bedachte sich ein, soweit sie Blankoabgaben vorgenommen hatte, die durch keinerlei Börsenbestimmungen ganz zu unterbinden sind.
Die Seidig-Hotel-Kontingentsgesellschaft in Charlottenburg verkaufte das Hotel Cumberland.

Braunkohlenskontingent.

Das unter Führung der Dresdner Bank stehende Konsortium der Ballendorfer Kohlenwerke A. G., dem außerdem angehörend das Bankhaus R. Warburg u. Co. in Hamburg, der Wiener Bankverein in Wien und die Firma Ed. Weinmann in Augsburg, hat das in seinem Besitz befindliche gesamte Auktionskapital der Gesellschaft von 5 000 000 M. an die Badische Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen a. Rh. zu einem Kurs von annähernd 400 Prozent verkauft.

Der Rohisenverband hat im Einvernehmen mit der Rohstoff-Abteilung des Kriegsministeriums die Preise für alle Sorten Rohisen für das erste Quartal 1917 um 15—20 M. für die Tonne erhöht. Der Geschäftsgang ist nach wie vor glänzend.

Die Einschränkung des Braunkohlkontingents auf 25 Proz. läßt wahrscheinlich erscheinen, daß Kohlenkontingente übertragen werden. Nach einer Bekanntmachung des Präsidenten des Reichsernährungsamtes entscheidet die Vermittlungsstelle der Reichsgerichten-Gesellschaft über die Zulässigkeit einer Uebertragung von Braunkohlen. Im allgemeinen soll eine Uebertragung nicht mehr als 80 Prozent der im Durchschnitt der im Jahre 1912/13 verwendeten Kohlenmengen erhalten.

Aus Groß-Berlin. Spielwaren.

In keinem Friedensjahre hat man mehr Spielzeug gesehen als jetzt, im dritten Kriegswinter. Konsumgeschäft haben sich in Spielwarenhandlungen verwandelt, in ihren Schaufenstern sieht man Puppen, Soldaten, Bilderbücher, Spiele. Es ist alles da, nur keine Schokolade und kein Konfekt. Eisenwarenhandlungen, Modewaren Geschäfte und Seifenläden haben sich Spielwaren beigelegt, ja sogar in dem Schaufenster einer Handlung, die früher nur Mühlenfabrikate und Badwaren massenhaft vertrieben hat, sieht man jetzt miniaturhafte Nachbildungen von vergriffenen Erzeugnissen der Lebensmittelindustrie, die als origineller Baumbehang feilgeboten werden, die aber auch in dem Kaufmannsladen eines Kindes als Paradedstücke glänzen können.

Es sind reichlich viel Handelsleute, die sich vor den Feiertagen mit dem Verkauf von Spielwaren auskennen wollen. Das Angebot ist groß, aber die Nachfrage nur gering. Nicht daß die Kinder keine Freude mehr am Spielzeug hätten; sie drücken sich, wie man so sagt, die Nasen platt an der Scheibe, hinter der solches zu sehen ist. Aber die Mütter haben kein Geld übrig. Der Lebensunterhalt verschlingt Unterstützung und Verdienst bis auf den letzten Pfennig. Wie gerne möchte jede Mutter ihren Kindern eine kleine Freude bereiten zum Weihnachtsfest. Wie wird ihnen das Herz schwer, wenn sie all die Wünsche hören, die die Kinder an den Weihnachtsmann haben. Sie sind eben dünn, die Kleinen; sie reden und träumen von himmlischen Gaben in der furchtbaren Not der Zeit. Der Weihnachtsmann der Arbeiterkinder wird in diesem Jahr nicht schwer zu tragen haben an seinem Sack. Ein bunter Teller sollte das Iwenigste sein, was man einem Kinde am Weihnachtsabend schenkt. Viele, sehr viele werden diesmal keinen unter dem Weihnachtsbaum finden. Und an dem Baum selber werden höchstens Attractionen hängen, und an vielen mögen auch diese fehlen. So wird denn ein Spielzeug doch das einzige sein, was man den Kindern wird schenken können.

Den Vorwurf, nicht „zeitgemäß“ zu sein, darf man der Spielwarenindustrie nicht machen. In diesem Jahre wieder „beflügelt“ sie vornehmlich den kriegerischen Geist der männlichen Jugend. Sie hat für die Welt der Kleinen die Schrecken des modernen Krieges verniedlicht. Man kann in den Spielwaren-Ausstellungen der Warenhäuser Schützengräben, Unterstände mit Sandfäden, Mochhäuser, Panzerfarme, Scheinwerferwagen, Verbundetentransporte und schwere Wörfer mit Granaten sehen. Ganz zu schweigen von den Soldaten aller Nationen und in allen Kampfstellungen. Wer die nötigen Mittel dazu hat, kann seinem Söhnchen das reizende Abbild des Furchtbaren unter der strahlenden Lampe aufbauen.

In den Häusern der Arbeiterbevölkerung wird man froh sein, wenn der Weihnachtsmann die nötigsten Gegenstände gegen Bezugsschein ergänzen kann.

Zur Psychologie des Hamsters.

In der Psychologischen Gesellschaft gab Dr. Alb. Moll Betrachtungen „Zur Psychologie und Physiologie der Ernährung mit besonderer Berücksichtigung des Hamsters“. Wie entnehmen dem zweiten Teil der anregenden Ausführungen: Die Schwierigkeit, sich die Lebensmittel zu beschaffen, habe plötzlich ganz anders als sonst die allgemeine Aufmerksamkeit auf diese Dinge gelenkt. Es scheint fast, daß die Beschäftigung mit ihnen durch Kontroversierstellung infolge steigender Wirkung dazu geführt habe, jene (meint Moll) sogar „mehr zu essen“. Seelische Anspannung spiele hierbei eine große Rolle — und aus ihr sei es in vielen Fällen auch zu erklären, daß die Sorge um die Lebensmittelsbeschaffung zum Hamstern ausartet. Mancher könne, wenn er hört, daß eine sich Lebensmittelmittel aufgestapelt hat, schwer der Versuchung widerstehen, es ihm nachzutun. Hamstern nenne man das, den anderen aber gelte es nur als eine Vorsorge, zu der natürlich ein Haushaltungsmitglied gegenüber seiner Familie verpflichtet zu sein glaube. Gewiß stehe einer Mutter das eigene Kind am nächsten, aber dem Staat sei — sagte Moll — jedes Mitglied des Volkes gleich wert. Wer in dieser Zeit große Vorräte aufammelt, dem mangle das Gemeinschaftsgefühl, das allerdings nicht anbefohlen werden kann. Das Gemeinschaftsgefühl werde aber auch bei anderen gelehrt, wenn Hamsterei getrieben wird, wenn Wohlhabende sich besondere Lebensmittel zu hohen Preisen verschaffen können, wenn sie, ohne Anteil zu haben sind. Moll führte ein paar besonders arge Fälle von Hamsterei an. Er sprach von einem Ehepaar, das ein großes Zimmer mit Lebensmitteln angefüllt und nach Vorräte auf dem Boden gelagert habe. Manche Hamsterei wird er gewöhnlich in das Gebiet der Zwangsvorstellungen einweisen und erklären aus der Krankheitsangst, nicht genug Nahrung zu haben, wie er es bei einer geistig und sittlich hoch stehenden Frau beobachtet habe. Daß Lebensmittelsammlerei sogar aus bloßer Sammelwut betrieben werden kann, zeigt der Fall einer Dame, die ein Zimmer mit einer wohlgeordneten Sammlung von Lebensmitteln gefüllt habe, sie seit Monaten unverbraucht liegen lasse und den Ver-

brauch als schmerzhaft empfinden würde. Moll sagte nicht, ob er auf solche und ähnliche ihm bekannt gewordenen Hamster dahin einzurufen versucht hat, daß sie ihre ungenutzten Vorräte ausliefern. Sollen sie Kranke sein, so werden wir sie unter den jetzigen Zeitumständen als gemeinejährlische Kranke ansehen müssen.
Wie sehr der fehlende Mangel an Genesungsfähigkeit in unseren Gesellschaftszuständen wurzelt, ließ man unervähnt. In Friedenszeiten galt der Grundbesitz und die Wohnung: „Sieh, wo du leibst!“ Wer's darin weit brachte, wurde wohl gar als „tüchtig“ gefeiert. Wirken wir uns da wundern, daß in den Lebensmittelmitteln der Kriegszeit die Hamsterei und der Lächer so üppig gedeihen sind?

Wenn man eine Magistratsgans kaufen will.

Der Berliner Magistrat machte vor einer Reihe von Wochen bekannt, daß er sich einige tausend Gänse beschaffen habe und sie später verkaufen werde. Kaufsliste wurden damals aufgegeben, sich im Bureau der Zentralmarkthalle beizugehen zu melden. Einer, der das tat, schildert uns, wie es ihm danach erina. Am Sonnabend voriger Woche erhielt er die schriftliche Benachrichtigung, daß er am Dienstag zwischen 10 und 11 Uhr vormittags seine Gans in der Dirschstraße abholen könne. Das war eine freundliche Ueberraschung! Er ließ sich für Dienstag auf ein paar Stunden Urlaub geben, um die Gans feierlich einzuholen. Als er aber zur festgesetzten Zeit in der Dirschstraße eintraf, standen schon mehrere Hundert Menschen vor der Tür, alle ausgedrängt mit der gleichen Eile, ihre Gänse in Empfang zu nehmen. Ein Versuch, zum Eingang zu gelangen, scheiterte an dem Widerstand des aufstrebenden Schwärmers. „Stellen Sie sich hinten an!“ befahl er. „Ja, ich bin doch zwischen 10 und 11 herbestellt.“ „Ist egal. Sie müssen warten, bis Sie dran sind; andere warten schon länger.“ „Aber ich habe nur für kurze Zeit Urlaub.“ „Tut mir leid. Von den andern waren viele schon gefahren hier, konnten aber nicht abgeholt werden und mußten heute wieder kommen.“

Dem Enttäuschten begann der Appetit auf Gans zu schwinden. Verdrücklich ging er zum Markthallenbureau, aber auch da konnte man ihm nur sagen, das sei nicht zu ändern. In andern ward's jetzt nicht, das stimmt. Doch bei etwas mehr Umsicht hätte man wohl verhüten können, daß es zu dieser heillosen Verwirrung kam. Auch mittags um 1 Uhr hatte ein nochmaliger Versuch, mit nicht allzu viel Zeitverlust die beschlossene Gans zu kriegen, keinen Erfolg. Wieder mußte der enttäuschte Kaufsliste mit leeren Händen heimgehen, weil nicht durchzukommen war. Am Mittwoch machte er um 1/9 Uhr morgens und gegen 1 Uhr mittags nochmals zwei Versuche, zu seiner Gans zu gelangen — wieder nur mit dem gleichen Mißerfolg. Mittags wurde er durch ein ausgehängtes Plakat belehrt, daß inzwischen die Gänse ausverkauft worden waren. Dabei standen vor der Tür noch Wartende, die man hübenfeist hatte und nun nicht betriebligen konnte. Er hat die Hoffnung aufgegeben, daß seine Frau zu Weihnachten einen Gänsebraten auf dem Tisch und — worum es ihr vor allem zu tun war — eine tüchtige Portion Gänschmalz im Topf haben wird.

Wir selber haben uns am Dienstag und ein zweites Mal am Mittwoch gegen Abend an Ort und Stelle die beschlagene Wirtshalle angesehen. Am Mittwoch standen um 1/3 Uhr schon wieder Personen da, die uns sagten, daß sie zu 5 Uhr hinbestellt seien. An der Tür hing noch das Plakat „Gänse ausverkauft“, so daß einzelne Personen sogleich wieder umkehrten. Hatte man vielleicht mehr Kaufsliste bindestellt, als man nach Maßgabe des verfügbaren Vorrats hinbestellen durfte?

Das Feuerungsgeld der Stadarmen.

Für die von der Armenpflege der Stadt Berlin ständig unterstützten Personen beantragt der Magistrat bei der Stadtverordnetenversammlung eine Erhöhung der besonderen Winterunterstützung, die ihnen als jährliche zur Verfügung gestellt wird. Während bisher die Heizkostenbewältiger und die Mütter der Pflanzkinder diese einmalige Beihilfe in Höhe von 8 M. erhielten, will der Magistrat in Uebereinstimmung mit einem von der Armendirektion gefassten Beschlusse jetzt 10 M. geben. Die Armendirektion hat, wie die Begründung des Magistratsantrages sagt, die Erhöhung für nötig gehalten, in Berücksichtigung der durch die Kriegsverhältnisse bedingten wirtschaftlichen Lage der ihrer Fürsorge unterliegenden Personen. Glanzt die Armendirektion, die auch bei der Erneuerung eingetretene Preissteigerung sei mit nur 2 Mark zu bewerten? 8 Mark Feuerungsbefehle zahlte sie den Armen schon lange vor dem Kriege, schon seit mehr als zehn Jahren. Auf durchgängig 8 Mark wurde die Beihilfe von 1905 ab festgesetzt, während man sie bis 1904 nach der Bedürftigkeit abgestuft und auf 8—10 Mark bemessen hatte. Also schon damals hielt man in manchen Fällen 8 Mark Beihilfe für zu wenig und glaubte bis 10 M. bewilligen zu müssen. Zur Deckung der Feuerungskosten des ganzen Winters reichte ja die Beihilfe niemals aus, jetzt aber wird trotz allgemeiner Erhöhung auf 10 M. das noch weniger möglich sein. Durch die kleine Zulage von 2 M., die keineswegs die Kohlenpreissteigerung weit machen kann, steigt der für die Winterunterstützungen angelegte Gesamtbetrag von 345 000 M. um nur 70 000 M. auf 415 000 M.

Daß den Armen auch für die monatlichen Almosen und Pflegegelder eine Aufbesserung sehr nötig wäre, wurde in der vorigen Woche im „Vorwärts“ gezeigt.

Stenographie-Unterricht in Berliner Gemeinderschulen.

Unterrichtskursus in Stenographie nach dem System Stolze-Sören werden in zehn Gemeinderschulen Berlins für Knaben und Mädchen der Oberstufe veranstaltet. Die Kurse sollen 15 Wochen dauern, wenn in jeder Woche zwei Unterrichtsstunden gegeben werden. Die Beteiligung ist freiwillig, zu den Unterrichtskursen muß aber jeder Teilnehmer 8 M. für den Kursus zahlen. Bei Uebnahme der gesamten Kosten auf den Stadtäckel könnte — was sehr zu wünschen wäre — dieser Unterricht für die Teilnehmer kostenlos sein. Wandern nun man sich auch darüber, daß die Zahl der Unterrichtskursus so spärlich und die Verteilung über die einzelnen Stadtviertel sehr ungleich ist. Die folgenden Schulen sind berücksichtigt: im Westen die 120. Schule (Schmiedstr. 15), im Südosten die 20. Schule (Waldemarstraße 77), im Osten die 233. Schule (Hauer Str. 18), im Nordosten die 33. Schule (Friedenstr. 10), die 59. Schule (Dlvaer Str. 10), im Norden die 302. Schule (Gethiemannstr. 4), die 198. Schule (Grawstr. 11), die 244. Schule (Vanstr. 20—22), im Nordwesten die 189. Schule (Stephanstr. 27), die 231. Schule (Vohmann Str. 8). Der Südwesten und der Süden sind ganz leer ausgegangen, wie wenn nicht auch da ein Versuch mit Stenographieunterricht auswärts wäre. Auch dem Südosten und dem Osten sind mehr als nur je ein Unterrichtskursus zu wünschen.

Um Heizmaterial zu sparen.

Wie aus wiederholten amtlichen Ankündigungen bekannt ist, sollen mit der Verzögerung der Raritätsberichte mehr Wertenerzeugnisse, insbesondere Stroh und Strohhalmen, ausgegeben werden. Die maßgebenden Stellen seien deshalb aufmerksam gemacht, daß das Heizmaterial der großen Gruppen, der sogenannten „Rohrwerke“ viele Stunden und entsprechend viel Kohlen oder Gas verbraucht. Würden diese Gruppen erst einmal ordentlich klein gemacht, so könnte weit mehr Kohle gespart werden, als viel leicht durch manche Verkehrsbehinderung. Viele Roharbeiten kann aber zweckmäßig nur in maschinellen Mühlen geleistet werden. Dabei könnten vielleicht auch manche von den kleineren Mühlen beschäftigt finden, die durch die Kriegswirtschaft stillgelegt wurden und deren Mägen in jeder Ernährungsdebatte der Parlamente widerhallen.

„Ihr Berliner braucht keinen Spied“

Eine Leserin des „Vorwärts“, die ihre auf dem Lande wohnenden Verwandten um Zuwendung von etwas Spied, Fett oder dergleichen — gegen Bezahlung zu Weihnachten gebeten hatte, erhielt darauf folgende Antwort: „Liebe M.! Alles was Du von uns haben willst, das ist alles bei uns vorhanden, aber nur für unseren Bedarf und nicht für Euch. Wir haben hier noch circa 6 bis 10 Fässer zu laufen und auch noch alten Spied und Schmalz vom vorigen Jahr, haben auch schon dieses Jahr wieder geschlachtet. Aber bei uns ist das Jahr ebenso lang wie dort und wenn wir hier tüchtig arbeiten, dann fikt Ihr im kalten Schatten und braucht Euch keine Hand nach zu machen, also braucht Ihr auch nicht soviel Fett und Spied wie wir. Also laßt Euch den Appetit man ruhig vergehen, denn daraus wird nichts. Leuten Gruß!“

Kaffeepreise. Als es noch Kaffee gab, stiegen mit den Preisen des Rohprodukts naturgemäß auch die Preise für das daraus hergestellte Getränk. Was sich aber jetzt Kaffee nennt, wird längst zum allgerühmtesten Teil aus Ersatzstoffen aller Art erzeugt, die viel billiger sind als die Bohnen aus tropischen Ländern. Trotzdem ist der Preis in den Kaffeewirtschaften der gleiche geblieben, ja zum Teil erheblich gestiegen. Es wäre wirklich angezeigt, nach dem Vorbild der Stadt Eisenach dieser ungebührlichen Forderung zubei zu geben.

Der Lebensmittelverkauf an den Feiertagen. Am 1. Weihnachtstage und am Neujahrstage darf der Verkauf von Brot, Kartoffeln und Fleisch an Verbraucher von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags ohne Unterbrechung stattfinden. Zum Zweck dieses Verkaufs dürfen während der genannten Zeit in offenen Verkaufsstellen Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter beschäftigt werden.

Höchstpreise für Soda. Eine Verordnung fest Höchstpreise für Soda ist. Im Kleinhandel dürfen folgende Preise nicht überschritten werden: für salinierte Soda (Ammoniumsoda, Rebinasoda, Sodapulver) bei Abgabe von geringeren Mengen als 50 Kilogramm für 1 Kg. einschließlich Verpackung 0,28 M., für 1/2 Kg. einschließlich Verpackung 0,13 M.; Kristall- und Feinsoda beim Verkauf von geringeren Mengen als 50 Kg. für 1 Kg. einschließlich Verpackung 0,20 M., für 1/2 Kg. einschließlich Verpackung 0,10 M. Die Bekanntmachung tritt mit dem 1. Januar in Kraft.

Bestätigungsbescheid von Num und Kognal. In der nächsten Zeit dürfen die ganzen noch im Handel befindlichen Vorräte an Num und Kognal bestätigt werden. Verschiedene Behörden haben bereits die Bestätigungsbescheide der unter Polizeivorkaufs lagernden Mengen von Aral und Num versandt. Wie das „Vorw.“ erzählt, soll auch ein Zwang zur Ablieferung der leytjährigen Weine in Aussicht genommen sein.

Neue Bahne auf der Wannseebahn von Berlin bis Steglitz und umgekehrt verkehren ab Berlin (Wannseebahnhof) um 8.45, 9.10, 12.40 und 1 Uhr; von Steglitz: 9.20, 9.50, 1.50 und 2.49 Uhr.

Postwertzeichen „Deutsches Reich“ mit dem Ueberdruck der Frontenführung in „A.“ und „C.“ sind von der Postverwaltung für den von ihr eingerichteten Einmalverpostdienst im Grenzgebiete in Belgien in folgenden Sorten auszugeben worden: 1 Mark: 12, 15, 20, 30, 40, 60, 80 Pf., 1 M., 2 M.; Postkarten zu 7 1/2 und 10 Pf.; Antriebskarten zu 7 1/2, 10, 15 und 20 Pf.; Kartendrucke zu 15 Pf. und Zinnschreibervorkarten zu 10 Pf. Zu Sammelzwecken werden die Wertzeichen vom 22. ab bei der Kolonial-Wertzeichenstelle des Reichspostamts Berlin C. 2, Königsstraße 61, zum Verkauf gestellt.

Zum Raubmord in der Matternstraße. Zahlreiche Umstände sprechen dafür, daß das Verbrechen nicht, wie man ansahs amahm, am Sonnabend abend, sondern erst am Sonntag bei Tageslicht verübt worden ist.

Krümelkämpfer war neun Jahre in Steglitz und elf Jahre in Zehlendorf Dienstmädchen und machte erhebliche Ersparnisse. Nachdem sie, was wir noch in einem Schwelmerheft tätig gewesen war, übernahm sie vor längerer Zeit ein Kohlengeschäft in der Stolischen Straße 30. Dieses verkaufte sie im Herbst d. J., um in der Matternstraße ein neues zu eröffnen. Das Geschäft ging hier sehr flott. Am Sonnabend hatte die Händlerin 200 Zentner Kohlen bekommen. Davon sind noch Schätzung über 100 Zentner verkauft. Die Ermordete wird also 600—800 M. in ihren Taschen gehabt haben. Außer dem Gelde ist auch ein Uhr mit langer Kette geraubt worden. Wie beide aufpassen, ließ sich noch nicht feststellen.

Drei Vierbediebe und ein Helfer wurden von der Kriminalpolizei unerschöpflich gemacht. Je höher die Preise steigen, desto häufiger werden die Diebstahle trotz der Erhäuerung des Absahes. Die Spezialisten drängen nach in geschlossenen Ställe ein oder stellen am besten Tage ganze Rastwerke von der Straße weg. In Kalberge stahl man zwei Schimmel mit einem Schlächterwagen im Gesamtwerte von 6000 M. Eines dieser Tiere wurde jetzt von der Kriminalpolizei in der Gumpenstraße 117 bei einem ehemaligen Schlächtermeister Hoffmann entdeckt. Das andere war bereits weiterverkauft. Hoffmann leugnet, den Diebstahl selbst ausgeführt zu haben, und behauptet, daß er „nur zugehört“ habe. Verhaftet wurden seiner ein neunzehnjähriger Junge alter stutischer August Krichsch, ein gewisser Karl Stanislawski aus Charlottenburg und ein Schauffeur Gustav Hinz aus der Matternstraße, der nebenbei einen Pferdehandel betrieb. Krichsch und seine Spielgefellen stahlen u. a. eine Fuchshüte im Werte von 2000 M. und eine schwarzbraune Ente, die 1500 M. wert ist. Noch nicht wiedergefunden sind zwei dänische Rappwallache im Werte von 10 000 M. Der Bestohlene hat auf ihre Wiederbeschaffung eine Belohnung von 500 M. ausgesetzt.

Wegen einer Gasvergiftung wurden Säwarter der Feuerwache nach der Falkensteinstraße 3 alarmiert. Durch Öffnen eines Gasbühnen war ein Mann vergiftet worden. Alle Wiederbelebungversuche erwiesen sich als vergeblich. Man hatte die Wehr nicht rechtzeitig benachrichtigt.

Von einem überraschten Einbrecher angefallen wurden nachts die Eheleute Witt, die Armenmutter Str. 4 ein kleines Seilengeschäft betreiben. Sie waren noch in der Nacht mit der Herstellung von Paketen beschäftigt. Gegen 12 Uhr hörten sie von dem Kellner her ein Geräusch und gingen hinunter. Witt ging mit der Taschenlampe voran. Während sich die Leute umsahen, sprang ein Mann auf sie zu, erhob ein Dreieisen und schlug auf die Frau wütend ein. Obwohl ihr Mann zur Abwehr den Arm vorstreckte, wurde sie am Kopf doch so schwer getroffen, daß sie bewußtlos zusammenbrach. Witt erhielt noch mehrere Schläge über den Arm. Die Lampe fiel ihm aus der Hand und ertösch. Jetzt ergriß der Einbrecher die Frau und erlam.

Aus den Gemeinden.

Schöneberg. In der Stadtbezirksrat-Sitzung erwiderte der Oberbürgermeister auf eine Anfrage von Hoffmann (Soz.) und Zobel (lib. Fr.), daß die Woll- und Mittelstädte sich auf wiederholten Antrag aus arbeitslosen Weibern Weihnachten geöffnet blieben; das Personal solle durch Beihilfen entlastet werden. — Bezüglich einer einmaligen Teuerungs- und Lage an das städtische Personal, Zahlung einer laufenden Kriegslohnzulage an sämtliche städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen, erlärte der Magistrat, es sei nicht möglich, entsprechende Arbeitsfragen zu sichern; darum soll zu den bisher gezahlten Löhnen ein Kriegslohnzuschlag von 10 Pf. für jede Arbeitsstunde gewährt werden. Bei den Beamteten und Angestellten sollen die Höhe des Gehaltes zugrunde gelegt werden. Den Weihnachtsfrauen in den Schulen wird der Zuschlag von 5 auf 10 Pf. erhöht. — Die einmalige Teuerungszulage beträgt für Ledige, Verwitwete oder Geschiedene ohne eigenen Haushalt 40 M., für Verheiratete und für Ledige, Verwitwete, Geschiedene mit eigenem Haushalt 100 M., für jedes Kind, das bis zum 1. Dezember das 18. Lebens-

Jahr noch nicht vollendet hat, 30 M. Auf diese Zulage wird das Arbeitslohn des Kindes vom Monat November an gerechnet. Für die im Kriegsdienst stehenden Angehörigen, die Beihilfe für Frau und Kinder beziehen, 50 M. und für jedes Kind 30 M., für die in Naturalverpflegung des Auguste-Viktoria-Krankenhauses und des Alters- und Pflegeheims in Deutsch-Wusterhausen lebenden Verheirateten 50 M., für Ledige 30 M. und für Kinder 30 M. Die laufende Teuerungszulage wird davon nicht berührt.

Die sozialdemokratische Fraktion hat beantragt: „Gewährung einer einmaligen Teuerungszulage an alle Arbeiter, Arbeiterinnen sowie allen Arbeitern und Hilfsarbeitern. Die laufende Teuerungszulage bleibt unberührt.“ Stadtratordnerer Lachmann (Fr. Frkt.) wünscht, daß die Zulage für Beamte auf 100 M. erhöht wird, dagegen für die Arbeiter es so zu belassen, da nicht genügend Material vorliegt. Jabel (Lib. Frkt.) will, daß kein Beitragen um die Gunst der Beamten stattfinden möge; man solle die staatlichen Sätze einstimmig annehmen, sonst müßte er Ausschüßberatung beantragen. Es wäre richtig, wenn die Unverheirateten zu Gunsten der Verheirateten auf die Zulage verzichtet. Auch die Arbeiter erhielten einen erheblichen Aufschlag, so daß die einmalige Zulage sich erübrigt. — Gen. Küster betont, daß es gerade die Arbeiter sind, die außerordentlich unter der Teuerung zu leiden haben. Die Lohnerhöhung wird doch nur gewährt, weil ein Ausstand drohte, sonst würde heute noch alles beim Alten sein. Wenn die Kinderzulage ebenfalls angedreht, dann bleibt nicht viel übrig. Für die Arbeiter wird monatlich 5000 M. und für Beamte, Angestellte, Lehrer und Lehrerinnen 82 000 M. vorausgeschätzt. Nach Schimmer ist es für die während des Krieges eingestellten Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen, die allerdings pro Arbeitsstunde mehr erhalten sollen, dafür ist aber auch übermenschliche Arbeit bis in die Nachtstunden geleistet worden. Die Auszahlung des Geldes braucht nicht wie Herr Jabel wünscht verzögert zu werden, die erhöhten Sätze können später nachfolgen, wenn der Magistrat dem zugestimmt. — Gen. Peterson führt aus: Wenn der eine Satz sei, so sei darum nicht gesagt, daß es auch der andere sei. Es müssen von den Hilfskräften viel Ueberstunden ohne Bezahlung geleistet werden. Wer jetzt noch Material zu sehen verlangt, der scheint von Teuerung noch nichts gemerkt zu haben. — Hierauf wurde beschlossen, die vorgeschlagenen Sätze anzunehmen und die erhöhten dem Haushaltsauschuß zu überweisen.

Die Gesellschaft für soziale Reform petitionierte rechtzeitig, für den Kleinwohnungsbau sorgen zu wollen, möglichst viel Gelände anzukaufen und in Erbbaurecht abzugeben. Lassen (Lib. Frkt.) unterstützte eingehend die Petition und machte auf die Gefahren aufmerksam, wenn nicht sofort und energisch eingegriffen wird. Jakob (Fr. Frkt.) erklärt, daß man gar nicht so eilen brauche; es seien genügend Kleinwohnungen vorhanden. Gen. Hoffmann: Es sei endlich an der Zeit, eine vernünftige Wohnungspolitik zu betreiben, statt der Spekulation das Feld zu überlassen. — Die Petition wird dem Magistrat überwiesen.

Der Rietszuschuß soll von 15 auf 10 Prozent ermäßigt werden.

Schöneberg. Der Magistrat verteilt vom 20. Dezember ab auf Abschnitt 42 der Lebensmittelpreise 1/2 Pfund Marmelade oder Kunsthonig. Der Preis beträgt für Marmelade 28 Pf. und 24 Pf. und für Kunsthonig 25 Pf. Vom 27. Dezember ab ist in der Kunststoffsäcke „Reines Natron“, 2. Stock, Zimmer 201“, zu erfahren, wo noch Ware vorhanden ist.

Neußölln. Die Stadt wird Hasterlöden auf Grund der Milchkarle zur Verteilung bringen. In Sacharin sollen für Dezember auf den Abschnitt K der Haushaltungskarte 2 Briefchen verabsolgt werden. Zur Belieferung sämtlicher Familien mit Kunsthonig bleiben die städtischen Verkaufsstellen am Sonntag vor Weihnachten offen. Der Kleinhandelspreis für Kohlrüben wird auf 6 Pf. das Pfund festgesetzt. Etwas Ueberflüsse sollen der ärmeren Bevölkerung, die nicht in der Lage ist, ihre Fleischarten einzulösen, dienstbar gemacht werden. Für die Neußöllner Gastwirtschaften wird demnächst eine Kartoffelarten-Kontrolle eingeführt werden. Lebende Kaninchen von 2 M. an sowie Schlachtvieh verkauft die Stadt Neußölln Freitag und Sonnabend, nachmittags 2 Uhr, Böhmische Straße 5 (siehe Anzeige).

Weißensee. In der Gemeindevertreter-Sitzung wurde die Jahresrechnung für 1913/1914 vorgelegt. Gen. Taubmann wünschte Aufklärung über einige bedeutende Mehrausgaben. Es hat die Kapital- und Schuldverwaltung eine Unterbilanz von 212 000 M., die in der Hauptfache dem Weissenfer Bankrott zuzuschreiben sind; als man im Jahre 1913 die unglücklichen Beschüsse sah, diesem Unternehmen beizuspringen, mußten Anleihen gesättigt werden, wofür man hohe Zinsen und Provisionen aufwenden mußte, die jetzt in der Abrechnung nach und nach in Erscheinung treten. Der Schuletat ist um 44 000 M. überschritten, und es sind hier wiederum die höheren Schulen am meisten beteiligt; während die Volksschulen den Etat um 17 000 M. überschritten, hat das Gymnasium 10 000 M. und die höhere Mädchenschule 17 000 M. mehr verbraucht. Die Milchrentalität hat eine Unterbilanz von 59 000 M. Man war allgemein der Meinung, daß nach dem Kriege dieses Unternehmen einzugehen hat. — Es wurde darauf der Etat der Gemeindeparlasse durchgesehen und angenommen. — Die Gemeindevertretung beschloß ferner eine außerordentliche Kriegsteuerungszulage an die Beamten und Lehrer bis zu einem Einkommen von 5100 M. noch vor Weihnachten zur Auszahlung zu bringen, und zwar für Unverheiratete 40 M., für Verheiratete 60 M., für jedes Kind 30 M. bis zum Gesamtbetrag von 200 M. Die Arbeiter und nicht fest angestellten Beschäftigten sollen eine einmalige Teuerungszulage in Höhe der laufenden Unterstützung erhalten. — Ferner wurde der Gemeindevorstand beauftragt, gegen die vorgeschlagenen Verkehrs-Betriebsbeschränkungen bei den maßgebenden Behörden zu protestieren.

Soziales.

Heilbehandlung entlassener Kriegsbeschädigter.

Das Preussische Kriegsministerium hat, wie wir der letzten Nummer der Amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamts entnehmen, über das Verhältnis der Kriegsbeschädigten zur reichsgesetzlichen Arbeiterversicherung in einem Erlaß vom 16. Juni 1916 Stellung genommen. Die in demselben ausgesprochenen Grundsätze fordern zum Teil zum offenen Widerspruch heraus. Da sie öffentlich bekanntgegeben sind, ist ihre öffentliche Erörterung im Interesse der Kriegsbeschädigten dringend geboten.

Es ist selbstverständlich, daß noch im aktiven Militärdienst befindlichen Kriegsbeschädigten als Personen des Soldatenstandes bei Erkrankungen, gleichgültig aus welcher Ursache, freie militärärztliche Behandlung und Lazarettverpflegung zusteht. Das ist auch dann der Fall, wenn die Betroffenen aus Gründen der sogenannten Arbeitstherapie in Betrieben beschäftigt werden, die der reichsgesetzlichen Versicherung unterstehen, und wenn während dieser Beschäftigung eine gewisse ärztliche Aufsicht in einer der Sachlage angepaßten Form Platz greift. Daß, wenn diese Voraussetzungen nicht zutreffen, z. B. bei Beurteilungen in Arbeitsbetrieben, die Kriegsbeschädigten in vollem Umfange der reichsgesetzlichen Versicherung unterstehen und gegen den Versicherungsträger Anspruch auf die gesetzlichen Leistungen haben, braucht nicht besonders betont zu werden. Anders ist es jedoch mit der Auffassung dieses Erlasses, die sich in folgendem Satz ausdrückt:

„Aus dem aktiven Militärdienst entlassene Kriegsbeschädigte haben bei Erkrankungen oder bei Betriebsunfällen, auch wenn diese unmittelbar oder mittelbar mit einer versorgungsberechtig-

genden Kriegsbeschädigung zusammenhängen, keinen Rechtsanspruch auf freie militärärztliche Behandlung und Lazarettverpflegung.“

Es ist für manchen Kriegsbeschädigten ein schlechter Trost, daß diesem Satz hinzugefügt wird, „Lazarettbehandlung kann ihnen unter bestimmten Voraussetzungen gewährt werden“, und wenn weiter gesagt wird, daß bei Verschlimmerung eines Leidens, das Grund zu einer Militärversorgung gegeben hatte, eine entsprechende höhere Militärversorgung gewährt werde, ohne Rücksicht auf die Ursache der Verschlimmerung, also u. U. auch, wenn die Verschlimmerung durch einen Betriebsunfall bedingt ist, zumal ausdrücklich auch betont wird, daß die Militärbehörde unter Ausschluß des Rechtsweges entscheidet, ob diese Voraussetzungen bei einem Betriebsunfall vorliegen.

Soweit es sich um der Arbeiterversicherung unterstehende Kriegsbeschädigte handelt, wird es nicht von größerer Bedeutung sein, ob kein Anspruch auf freie militärärztliche Behandlung und Lazarettverpflegung vorliegt. Man braucht aber neben den gänzlich erwerbsunfähigen gewordenen nur an jene großen Kreise von Kriegsbeschädigten zu denken, die nicht der Versicherung unterstehen, an kleine selbständige Gewerbetreibende, kleine Selbständige in der Landwirtschaft. Wenn sie bei einer Verschlimmerung sich selbst ärztliche Behandlung verschaffen müssen, dann wird, selbst wenn wegen der Verschlimmerung eine Erhöhung der Rente erfolgt, auch nicht im Entferntesten ein Ausgleich geschaffen. Sie können u. U. den einmal wieder eröffneten Betrieb sofort schließen und sind damit um ihre ganze Existenzmöglichkeit gekommen. Jedenfalls wird diese Frage hier einer gesetzlichen Regelung bedürfen. Es muß ein Rechtsanspruch auf freie militärärztliche Behandlung und Lazarettverpflegung gegeben sein, wenn Dienst- oder Kriegsdienstbeschädigung solche erforderlich machen. (z)

Gerichtszeitung.

Lebige Mutterchaft eine Sünde! Ein junges Mädchen, das in einem Stadtwarengeschäft tätig war, hatte ein Verhältnis mit einem Handlungsgehilfen angeknüpft, das zur Ehe führen sollte. Der Bräutigam wurde aber zum Meeresdienst eingezogen und gilt seit einiger Zeit für verstorben. Seit dem 1. November fehlte die jugendliche Verkäuferin im Geschäft, angeblich wegen Lungenentzündung, tatsächlich aber, weil sie Mutter geworden war. Als der Bräutigam den Grund des Fehlens erfuhr, weigerte er sich, ihr das Gehalt zu zahlen, das ihr im Krankheitsfalle für sechs Wochen auf Grund des § 83 des Handelsgesetzbuches zustand. Die junge Mutter klagte, die dritte Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts entschied aber — im Gegenlag zu der Ansicht der meisten Kaufmannsgerichte und auch der Berufungsgerichte — zu ihren Ungunsten. Der Vorsitzende Magistratsrat Dr. Neumann meinte, man könne es der Klägerin nicht als Sünde anrechnen, daß sie Lungenentzündung vorgeschickt habe, denn dieses sei menschlich erklärlich. Eher könne man in der ledigen Mutterchaft eine Sünde erblicken und darum geneige seiner Ansicht nach die uneheliche Mutter nicht den Schutz des § 83. Die Verkäuferin begnügte sich mit den ihr vergleichsweise angebotenen 50 M. und zog im übrigen ihre Klage zurück.

Lohnzahlung für die Zeit des Aussehens forderte durch eine Klage beim Gewerbegericht ein Metallarbeiter, der bei der Firma Paul Meyer u. Co. A.-G. beschäftigt war. In den Monaten Oktober und November ist der Kläger wiederholt, als er zu Beginn der Schicht zur Arbeit erschien, wieder fortgeschickt worden mit dem Bemerkten, er müsse aussetzen, weil nicht so viel Material vorhanden sei, daß alle Arbeiter beschäftigt werden könnten. Darauf hat sich der Kläger jedesmal entfernt, ohne Einwendungen zu machen, und hat am folgenden Tage weitergearbeitet. Bei den wöchentlichen Lohnzahlungen hat er eine Mitteilung untergeschrieben, worin es heißt: „Vorstehenden als richtig anerkannten Betrag habe ich erhalten.“ Auf diese Mitteilung berief sich der Vertreter der besagten Firma. Er meinte, durch seine Unterschrift habe der Kläger anerkannt, daß er den ihm zustehenden Lohn erhalten und keine Forderungen mehr habe. — Dagegen vertritt der Kläger den Standpunkt, der angeführte Passus der Mitteilung besage nichts weiter, als daß der Lohn für angegebene Zahl der Stunden richtig berechnet und bezahlt sei. Ein Verzicht auf weitere Forderungen sei dadurch nicht ausgesprochen.

Das Gericht kam zu dem Urteil, daß der Kläger, weil er keine Einwendungen gegen das Aussetzen machte, sich damit einverstanden erklärt und durch Unterzeichnung der Mitteilungen anerkannt habe, daß ihm sein Lohn richtig bezahlt worden sei. Nur für die letzte Lohnwoche, für welche diese Voraussetzungen nicht zutreffen, sprach das Gericht dem Kläger den Lohn für die Zeit des Aussehens zu. Im übrigen wurde er mit seinen Forderungen abgewiesen.

Aus aller Welt.

Ein Fall seltener Färsenreife wird aus Rürstentwäldes berichtet. Dort hat ein junger Mann einen Korb mit 50 Eiern gefunden — und der Polizei abgeliefert.

Schiffsunfälle. Die niederländisch-indische Vreghentour meldet, daß der Regierungsdampfer „Vier“ in der Banca-Strasse gesunken ist. — Nach einer Meldung von „Petit Journal“ aus Cherbourg ist der englische Dampfer „Ocean Prince“ beim Vorbeigehen La Hague gescheitert; seine Besatzung wurde durch den Schleppdampfer „Centaur“ gerettet.

Immer noch besser als . . . In der Schweiz erzählt man sich folgendes Geschichtchen, das die „National-Zeitung“ wiedergibt: Ein Rationalist habe dem General Wille eine lange Eingabe gemacht, in der er auf die Mißstände in der Schweizer Armee aufmerksam machte. Unter anderem habe er gerügt, daß die österreichische Sitte, den Damen die Hand zu küssen, unter den Offizieren eingeübt sei. Der General habe die Beschwerde Punkt für Punkt beantwortet. „Was nun die Frage des Handkusses anbetrifft, so soll der General wirklich geantwortet haben, so bin ich mit dem verehrten Herrn Rationalist einverstanden, daß diese Sitte durchaus unabweisbar ist. Dagegen gefällt sie mir immer noch besser, als der echt-schweizerische Brauch, jede Kellnerin in den Hintern zu küssen.“

Amerikanischer Humour. Georg kam vor Gericht, weil er einen Hund hielt, ohne die vorgeschriebene Steuer zu bezahlen. Er verteidigte sich mit der Behauptung, daß der Hund ganz jung sei und noch nicht das steuerpflichtige Alter erreicht habe. Das Gericht aber war anderer Meinung und verurteilte ihn zu einer beträchtlichen Geldstrafe. Als Georg das Gerichtsgebäude verließ, äußerte er zu seiner Frau: „Ich will mich hängen lassen, wenn ich das verurteilt. Ich habe voriges Jahr und vor zwei Jahren dieselbe Einschuldigung gebraucht und wurde freigesprochen, diesmal aber verurteilen sie mich. Da sieht man wieder, wie ungerecht die Götter sind.“

Parteiveranstaltungen.

Brüderbund. Einen Märchenabend, verbunden mit Theater- und Musikvorführungen, veranstaltet die Ferienpleinmission der Arbeiterkassette von Brüderbund am Sonnabend, 23. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im Biederer-Gesellschaftshaus, Brüder, Chausseest. 97. Eintritt frei. Kinder nur in Begleitung Erwachsener. Die Eltern und Kinder der Arbeiterkassette von Brüder sind hiermit höflich eingeladen.

Eingegangene Druckschriften.

Staatsarbeiterrecht oder Reform des gesamten Arbeiterrechts. Von H. Kautz. 50 Pf. Deutscher Eisenbahner-Verband, Berlin SO 16.
Der arme Mann. Schweizerische Dichtergesellschaft von P. Ag. 200 S. geb. Huber u. Co., Frauenfeld und Leipzig.
Edouard Manet. Erinnerungen von H. Groult. Veröffentlicht von H. Barthélemy. 127 S. geb. P. Cassirer, Berlin W 35.
100 Jahre Berliner Humor. Gefammelt und eingeleitet von G. Wang. 350 M. Verlag der „Justigen Blätter“, Dr. Gähler u. Co., Berlin.
Napoleon III. Ein Märchen auf dem Thron. Roman von O. S. Schumacher. Geb. 5 M. R. Bong, Berlin W 57.
Kriegsbuch für die Jugend und das Volk. 1 M., geb. 1,25 M. Franck, Stuttgart.
Ein Buch vom Kriege. Erzählungen und Dichtungen. (Schließliche Bücher Bd. 2.) 1,50 M., geb. 2,25 M. — Karlshausen's deutsche Liebe. Von P. Jansotte. Geb. 1 M. U. Heege, Schmieding.
Die Zukunft unserer Kriegsverletzten. Von Dr. G. Runkmann. 1,50 M. G. Runkmann Verlag, Leipzig.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Eindrucks. 3. IV. 1917, rechts, darunter am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Bestellen bestimmten Anhang ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsauskunft beizufügen ist, werden nicht beantwortet. Einige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Verträge, Schriftsätze und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

N. 117. Eine solche Anleihe können wir im Briefkasten nicht geben; Sie müßten schon persönlich zu uns in die Sprechstunde kommen. — **N. 109.** Ueber die Heilbarkeit der Blindheit entscheidet der Militärarzt. Bei dem angegebenen Leiden wird aber wahrscheinlich nicht auf Heilbarkeit erkannt werden. — **N. 79.** Sie müßten Beschwerde beim Regierungsräsidenten in Bromberg erheben. — **N. 66.** Wenn keine außergewöhnlichen Leistungen beansprucht werden, 15 M. für die Verbindung und 1 M. für jeden Besuch.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Revolverdreher
Heinrich Köhler
am 18. Dezember am Darmkrebs gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. Dezember, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Jerusalems-Kirchhofes in Reußhöfen, Hermannstraße, aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Gesangverein „Gesundbrunner Harmonie“.
Mitglied d. D. M. S. V.
Am Mittwoch, den 13. Dez., verstarb nach langem Leiden unser langjähriger, lieber Gesangsbruder
Otto Trzebinski
im 38. Lebensjahre.
Wir werden sein Andenken in Ehren halten.
Stimmlich schließt der Sänger.
Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, den 21. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Elisabeth-Friedhofes, Pringelallee, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Marie Treichel
Wilhelmshavener Straße 69,
am 17. Dezember gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Freitag, den 22. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Jerusalems-Kirchhofes in Reußhöfen aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.
197/10 Die Ortsverwaltung.

Verb. d. Schneider, Schneiderinnen u. Wäschearbeiter Deutschlands.
Filiale Berlin.
Unseren Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß der Herren-mitglied, Kollege
Richard Rudolf
geb. 21. September 1867,
am 15. Dezember verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 21. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, am dem Luisenstädtischen Kirchhof, Reußhöfen, Hermannstraße, statt.
164/7 Die Ortsverwaltung.

Verband der Brauerei- u. Mühlenarbeiter u. verw. Berufsgenossen
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser Kollege, der Moler
Karl Dreier
(Brauerei Vahnenhof NO)
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 21. Dezember, nachmittags 3 Uhr, am dem Städtischen Friedhof in Friedrichsfelde statt.
Um zahlreiche Beteiligung wird erjucht.
48/9 Die Ortsverwaltung.

Fredy Zigaretten
direkt in der Fabrik zu Fabrikpreisen
1000 St. in 14.—
1000 „ Fredy-Zigaretten 1b 20,50
1000 „ Harry Walden 3 „ 25.—
1000 „ Deutscher Sieg 1d 41,50
Verkauft auch in kleinen Quanten direkt in der
Zigarettenfabrik Fredy,
Berlin, Brunnenstr. 17, Hof.

Arbeiter-Samariterbund
Kolonie Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied
Erich Kuhle
am 18. Dezember am Herzschlag verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 21. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Panfener Gemeindefriedhofes, Schönholzer Heide, aus statt. 288/13
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

In Freien Stunden.
Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Von Heft 15 Pf. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Ullensteinstraße 2.

Westmann's Trauermagazin
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
I. Mohrenstraße 37a
(Kolonnenstr.)
II. Gr. Frankfurter Str. 115
(nahe Andreasstr.)
Auswahlgewinne sofort.
Am 21. Dezember 1916.
Sonntags 12—2 Uhr geöffnet.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Finrußstr. 83—85
Geschäftszeit von 9—1 Uhr und von 4—7 Uhr.
Telephon: Amt Norden 1967, 1239, 9714, 185.

Achtung! Achtung!
Die Konferenz der Vertrauenspersonen der Maschinenarbeiter und Arbeiterinnen findet in diesem Monat nicht statt.
Die Ortsverwaltung.
12/79